

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit

4. Sitzung
20. Februar 2012

Beginn: 16.04 Uhr
Schluss: 21.32 Uhr
Vorsitz: Alexander Morlang (PIRATEN)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass weder schriftlich eingereichte Fragen noch Wortmeldungen vorlägen und der Tagesordnungspunkt damit erledigt sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0150

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2012 und 2013
(Haushaltsgesetz 2012/2013 – HG 12/13)**

**Hier: Einzelplan 05, Kapitel 505
sowie die IuK-Titel aller Einzelpläne**
– Vorabüberweisung –

– 1. Lesung –

[0020](#)
ITDat
Haupt

In die Beratung werden folgende Vorgänge einbezogen:

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0002](#)
ITDat
Weiterentwicklung des Budgetierungsmodells für die verfahrensunabhängige IT
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0003](#)
ITDat
**IT-Bestands- und Planungsübersicht
- Bericht vom 22.08.2011
hierzu rote Nr. Haupt 0057
(vom Hauptausschuss zur Verfügung gestellt am 20.01.2012 m.d.B. um Stellungnahme bis zu den Haushaltsberatungen 2012/13)
- Weiterentwicklung der Übersicht**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0021](#)
ITDat
Stand der Umsetzung der IT-Auflagenbeschlüsse zum Doppelhaushalt 2010/11
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0022](#)
ITDat
Geplante Weiterführung von Vorhaben und Projekten aus ServiceStadt Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0023](#)
ITDat
Ergebnisse des Diskursprojekts zur exemplarischen Umsetzung der politikfeldübergreifenden Vorschläge der Difu-Studie ServiceStadt Berlin 2016 in Marzahn-Hellersdorf
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- f) 5. Zwischenbericht SenBildWiss – III E – vom [0020-01](#)
ITDat
Haupt
09.11.2011
**Einführung der Integrierten Software Berliner Jugendhilfe (ISBJ)
Zeit- und Finanzplan für die Projektrealisierung sowie Abrechnung des aufgelösten Vertrages mit der Firma Siemens
(rote Nummer Haupt 17/0020)
(vom Hauptausschuss am 10.02.2012 zur Verfügung gestellt m.d.B. um Stellungnahme bis zum 21.03.2012)**

- g) Schlussbericht SenBildJugWiss – III E – vom [0020-02](#)
18.01.2012 ITDat
Einführung der Integrierten Software Berliner Haupt
Jugendhilfe (ISBJ)
Zeit- und Finanzplan für die Projektrealisierung
sowie Abrechnung des aufgelösten Vertrages mit der
Firma Siemens
sowie hierzu:
Fragen der Fraktion der SPD vom 08.02.2012
(rote Nummern Haupt 17/0020 A und 17/0020 B)
(vom Hauptausschuss am 10.02.2012 zur Verfügung
gestellt m.d.B. um Stellungnahme bis zum 21.03.2012)

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) erklärt einführend, dass der Bereich Verwaltungsreform/IT in der Koalitionsvereinbarung breiten Raum einnehme und auch der Regierende Bürgermeister in der Regierungserklärung ausführlich zu diesem Thema und insbesondere zur Fortführung des Programms „ServiceStadt Berlin 2016“ mit den Stichworten „Mehr Service – mehr Qualität“ Stellung genommen habe. Man werde bereits im Jahr 2012 einige Höhepunkte dieses Programms zu realisieren haben; dazu gehöre insbesondere die Einbringung und Diskussion des eGovernment-Gesetzes. Man verfolge das ehrgeizige Ziel, das Projekt eAkte so zu realisieren, dass in der Berliner Verwaltung bis 2016 ein Anteil von 50 Prozent erreicht sei. Ein weiteres wichtiges Element sei der standardisierte IT-Arbeitsplatz, der eine Weiterentwicklung zum bisherigen ITIS-Arbeitsplatz bieten solle. – Ein anderes wichtiges Projekt im IT-Bereich – Open-Data –, mit dem man mehr Transparenz und Partizipation entwickeln wolle, werde federführend von SenWiTechForsch betrieben.

Thomas Birk (GRÜNE) hebt hervor, dass in diesem Ausschuss auch der Bereich Verwaltungsreform abzuarbeiten sei. Er gehe davon aus, dass man sich in der zweiten Lesung mit den Vorschlägen der Verwaltung zu „ServiceStadt Berlin“ auseinandersetzen werde.

Die Federführung in Haushaltsfragen bezüglich der Verwaltungsmodernisierung und der IT-Steuerung sei klar, aber bezüglich der Netzpolitik sei das weiterhin unklar. Die Senatskanzlei habe hier zwar personell die Federführung, aber man könne nicht erkennen, wo der Open-Data-Prozess haushalterisch abgebildet sei. Wer werde künftig in der Senatskanzlei personell diesen Bereich unterstützen?

Im Bereich der Online-Angebote sei es zu vielen Parallelprojekten gekommen, und erst mit der Nachnutzung von Verfahren für den Einheitlichen Ansprechpartner habe man sich mit einer einheitlichen Strategie befasst. Er warte übrigens noch immer auf die Antwort auf seine Kleine Anfrage zu diesem Thema. Die Nutzung des Einheitlichen Ansprechpartners bewege sich offenbar noch auf dem gleichen niedrigen Niveau; für eine zweistellige Zahl von Nutzern jährlich würden 2,5 Mio. Euro an Kosten für die Technik verausgabt.

Sei es noch möglich, Projekte für „ServiceStadt Berlin“ anzumelden? Seien hierfür noch Gelder frei? Der betreffende Titel sei für 2010 bei Weitem nicht ausgeschöpft worden. – Bei der IuK-Titelliste seien Fortschritte zu verzeichnen. Es sei eine größere Systematik bezüglich der Trennung von verfahrensunabhängiger und verfahrensabhängiger IT vorhanden, obwohl die Zuordnung immer noch nicht durchweg klar sei. Es wäre wünschenswert, wenn ähnlich wie

bei der Innenverwaltung und der Bildungsverwaltung vorab die Kurzberichte mitgeliefert würden, was die verschiedenen Ausgaben für die verfahrensunabhängige und die verfahrensabhängige IT angehe. Das sollten alle Verwaltungen so machen, und es sollte sich in der IuK-Titelliste wiederfinden.

Die Summe für IuK in der Hauptverwaltung insgesamt liege seit Jahren bei ca. 320 Mio. Euro. Offensichtlich habe es aber Verschiebungen von der verfahrensunabhängigen IT hin zu den Fachverfahren gegeben. Es stelle sich die Frage, warum bei den Fachverfahren die Summen weiter anwüchsen. – Bei der verfahrensunabhängigen IT sei der Median von 1 800 Euro bei Fremdleistungen bzw. 1 020 Euro bei Eigenleistungen auf 1 440 bzw. 750 Euro gesunken. Die Broschüre „Was kostet wo wie viel?“ zeige, dass die Bezirke unter diesem Median lägen bzw. ihn nur berührten, während die Hauptverwaltungen teilweise erheblich darüber lägen. Hier sei auch im Detail nachzufragen, wie man in den Hauptverwaltungen zu einer Kostensenkung komme. Warum sei das ITDZ mit seinem Preis für ITIS immer noch weit über diesem Median? – Die Antwort auf seine Kleine Anfrage zu diesem Thema sei ihm leider noch nicht zugegangen.

Man wisse leider nicht, wie sich die jeweilige Personalstruktur ändere, wenn Fremdleistungen in Anspruch genommen würden. Nach den Auflagenbeschlüssen sollte das möglichst abgebildet werden, um nachvollziehen zu können, ob es bei einem Einsatz von ITIS oder anderen Fremdleistungen zu einem entsprechenden Personalabbau komme. Leider wisse man auch nicht, wie sich die Verbrauchs- und Energiekosten bei der IuK-Technik darstellten, ob es zu einer Effizienzsteigerung gekommen sei und wie der Umweltverbrauch ausfalle.

Man befürchte ein Controllingdefizit bei den großen Fachverfahren. Es liege jetzt eine vollständigere Bestands- und Planungsübersicht vor, während bei den letzten Haushaltsberatungen noch große Lücken vorhanden gewesen seien. Allerdings seien noch immer nicht alle Projekte in der Bestands- und Planungsübersicht vertreten. Bei einzelnen Fachverfahren habe man große Desaster erlebt; er erinnere an MODESTA, IPV, integriertes Fach- und Finanzcontrolling – IFFC –, ePBN oder ISBJ. Es stelle sich die Frage, wie es bei ISBJ weitergehen solle, welche Kosten noch anfielen und was als Ersatz – auch beim IFFC – zur Verfügung stehe.

Es sei immer noch nicht klar, bei wem die Federführung für die Fachverfahren liege – bei den Fachverwaltungen oder beim ITDZ. Auch bei strategischen Fragen wie der Ausrichtung auf Open-Source oder standardisiertem Dokumentenmanagement sei den vorliegenden Zahlen noch keine wirkliche Antwort zu entnehmen. Hier erwarte man einiges von den Antworten auf die Fragen zu den Auflagenbeschlüssen. – Er habe kein Problem damit, wenn Antworten auf die verschiedenen Fragen schriftlich nachgereicht würden.

Burkard Dregger (CDU) erklärt, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte müssten auch im Haushalt sichtbar sein. Diese ständen unter der Überschrift: Effizienz der Verwaltung, Transparenz der Verwaltung, Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung und Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung! eGovernment und Open-Data seien dabei wichtige Stichworte. Zudem gehe es in der heutigen Sitzung darum, der parlamentarischen Haushaltskontrollpflicht nachzukommen und kritisch zu hinterfragen, ob die Verwaltung mit den Mitteln effizient umgehe.

Uwe Doering (LINKE) betont, dass der rot-rote Senat in den zurückliegenden Jahren offensichtlich eine erfolgreiche IT-Strategie verfolgt habe, denn Verwaltungsreform und IT-Einsatz seien durch eine klare Planung, durch Zielvereinbarungen bzw. Rahmenzielvereinbarungen sowie durch ein aussagekräftiges Kontrollsystem systematischer, zielgerichteter und transparenter geworden. Der Mitteleinsatz sei mittlerweile näher an den Planvorgaben, obwohl auch jetzt in einigen Bereichen Differenzen zwischen Plan- und Ist-Ausgaben beständen. Durch neue analytische Daten z. B. aus der weiterentwickelten konsolidierten Bestands- und Planungsübersicht, aus der systematischen Berichterstattung zu zentral finanzierten Projekten der Verwaltungsreform und des eGovernment und aus den Veranschlagungsbeträgen für verfahrensunabhängige IT-Infrastrukturen seien eine realistische Einschätzung des Ist-Zustands sowie eine präzisere Problemsicht möglich.

Dennoch bestehe Beratungsbedarf, aber eher im korrektiven Bereich. Hierzu verweise er auf fünf Problemkomplexe: Erstens sei zu bemängeln, dass der Senat zu dieser Haushaltsberatung wichtige Unterlagen, die bei der letzten Haushaltsberatung zur Verfügung gestanden hätten, nicht vorgelegt habe. Es fehle eine abgestimmte Liste der Projekte, die aus den zentralen Verwaltungsreform- und eGovernment-Titeln – Kapitel 0505, Titel 54085 und Kapitel 0500, Titel 54001 – finanziert werden sollten. Ohne eine Übersicht zu den Projekten, deren Zielen und Finanzbedarf sei eine Haushaltsberatung und Freigabe der eingestellten Summen nicht möglich. Ebenso fehle eine Gesamtübersicht der Kapitelsummen für die IuK-Titel aller Einzelpläne 2012/2013, die einen Vergleich der Ansätze 2012 und 2013 sowie des Ansatzes 2011 und des Ist-2011 ermögliche.

Zweitens müsse der Senat weiterhin nach geeigneten Instrumentarien suchen, um bei Beibehaltung der Zweistufigkeit der Berliner Verwaltung und der Eigenverantwortlichkeit der Verwaltungseinheiten neu erschlossene Modernisierungseffekte schneller stadtweit umzusetzen, aber auch zentrale Vorgaben und Forderungen beim Controlling durchzusetzen wie z. B. den Nachweis der Prüfung von IT-Maßnahmen, Qualitätsindikatoren sowie Balanced-Score-Card- und Open-Source-Lösungen. Das müsse das geplante eGovernment-Gesetz durch die Forderung des Controlling und des Kostenvergleichs zwischen den Hauptverwaltungen sowie zwischen den Bezirken und den Hauptverwaltungen abdecken.

Drittens verdeutliche die Einführung eines Kostenvergleichs in den Hauptverwaltungen bei der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur durch die Einführung von zwei Veranschlagungsbeträgen, welche Reserven es bei einigen Hauptverwaltungen noch gebe. Der Senat müsse eine Entscheidung treffen, ob er von der Veranschlagung zu einer echten Budgetierung der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur übergehen wolle. Aus der Übersicht der geplanten Ausgaben für IT-Maßnahmen in der Phase Betrieb werde ein weiterer Aufwuchs der Sachmittelausgaben für die verfahrensunabhängige Infrastruktur bis 2015 prognostiziert. Wie beurteile der Senat diese Entwicklung, und worauf führe er sie zurück. Es stelle sich weiterhin die Frage, in welchen anderen Bereichen der IuK-Kosten ebenfalls eine höhere Transparenz und Vergleichbarkeit hergestellt werden könne und sollte. Bisher sei der Senat an einem Budgetierungsmodell für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur gescheitert. Welche neuen Ansätze sehe der Senat, um bei den Kostenstrukturen im Bereich IuK, wo hohe Summen geplant und ausgegeben würden, die Transparenz und Vergleichbarkeit zwischen den Verwaltungen zu erhöhen?

Viertens sei die vorliegende Bestands- und Planungsübersicht 2011 gegenüber 2010 merklich qualifiziert. Leider hätten die Daten zum Energieverbrauch nicht erfasst werden können. Der Senat habe versprochen, die Fachanwendung für die IT-Be-Pla dahin gehend fortzuentwickeln, dass in 2012 die Erfassung von Daten zum Energieverbrauch und der Energieeffizienz programmtechnisch realisiert werde. Wie sei hierbei der aktuelle Stand, denn die neue Datenerhebung erfolge ja wieder im März 2012? Nach wie vor sei es schwierig, die IT-Maßnahmen und die IT-Bestands- und Planungsübersicht mit den darin enthaltenen Angaben zu den Kosten der Entwicklung und den Ausgaben für den Betrieb in Übereinstimmung mit den Ansätzen in den jeweiligen Einzelplänen zu bringen. Die veranschlagten Summen hätten keine Deckungsgleichheit mit den Ansätzen im Haushaltsplan. Wie sei hier mehr Plausibilität zu erreichen?

Fünftens verdeutliche die IT-Bestands- und Planungsübersicht 2011, dass bei den IT-Verfahren die Ablösung von Altverfahren prozentual gegenüber den Vorjahren zugenommen habe – d. h. am bisherigen Anbieter festgehalten werde und dessen fortentwickelte Version des Altverfahrens Anwendung finde. Es ergebe sich die Frage, wie der Senat diese Entwicklung unter dem Aspekt der Verfahrensoptimierung unter Sichtung und Reduzierung der umfangreichen Anzahl von Fachverfahren beurteile.

Simon Weiß (PIRATEN) weist darauf hin, dass die Piratenfraktion erstmalig und bereits nach kurzer Zeit und mit knappen Fristen einer Haushaltsberatung gegenüberstehe und insofern in die verwaltungstechnischen Fragen noch nicht in dem wünschenswerten Maß eingearbeitet sei. Die vorliegenden Berichtsaufträge seiner Fraktion seien insofern auch eher allgemeiner Natur.

Ein wichtiges Thema sei Open-Data, wozu inzwischen die Open-Data-Strategie Berlin vorliege. Zu den entsprechenden Handlungsempfehlungen stelle sich vor allem die Frage, was der Senat davon umsetzen wolle und wie sich das im Haushalt niederschlage. Ferner seien die indirekten Kosten von Bedeutung, die sich dadurch ergäben, dass das Land Berlin durch die Verwertung bestimmter Daten Einnahmen erziele. Hierzu sollte eine Übersicht vorgelegt werden. Diese Einnahmen seien nicht unbedingt in den IuK-Titeln angesiedelt, aber auch schwerlich an anderer Stelle anzusiedeln. Dennoch falle diese Frage in den Aufgabenbereich des Ausschusses.

Sven Kohlmeier (SPD) dankt den Mitarbeitern der Berliner Verwaltung, die in der heutigen Sitzung so zahlreich für die verschiedenen Fragestellungen zur Verfügung ständen. – Für zukünftige Haushaltsberatungen sollte man sich darüber verständigen, welche Bereiche des Haushalts im Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit und welche Bereiche in den jeweiligen Fachausschüssen beraten würden, um unnötige Doppelungen zu vermeiden.

Die Ausgaben des IT- und des Datenschutzhaushaltes müssten so eingesetzt werden, dass der Bürger, aber auch die Verwaltung einen Nutzen davon hätten. – Pilotprojekte seien auch dazu geeignet, Fehler festzustellen, und mit dem Risiko des Scheiterns verbunden. Das sollte die Opposition berücksichtigen, wenn das Land Berlin in einer Vorreiterrolle ein Fachverfahren neu einführe und die erhofften Ergebnisse ausblieben.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde man nicht alle Projekte vorfinden, die sich die rot-schwarze Koalition vorgenommen habe. Die Eckwerte des neuen Haushalts seien im Jahr 2011 beschlossen worden, und man habe nicht alle, teilweise auch neuen politischen Gegebenheiten – Stichworte: kostenfreies WLAN, IT-Schwerpunkt Staatsanwaltschaft, Open-Data-Initiative – daran anpassen können. Die entsprechenden Ziele würden im Rahmen der Haushaltsdurchführung oder in den Beratungen zum Haushalt 2014/2015 umgesetzt.

Vorsitzender Alexander Morlang nimmt für seine Fraktion Stellung. – Dem Vorredner sei deutlich zu widersprechen. Hierbei verweise er z. B. auf den „epischen Fail“ mit der Firma Siemens. Einige Berichtsaufträge der Piratenfraktion bezögen sich auf Dinge, die aus Sicht der Verwaltung und der Politiker normal, aber aus Sicht des Technikers und IT-Fachmanns grotesk bis abstrus seien. Er verweise beispielsweise auf die zwei Mal ein Gigabit-Datapipes zum Ausdrucken von Steuersachen nach Cottbus. – Es sei sinnvoll, dass sich dieser Ausschuss mit dem anwesenden technischen Sachverstand mit allem in allen Verwaltungen befasse, was IT, Verwaltungsmodernisierung und Datenschutz betreffe. Insofern sollten nicht bestimmte Bereiche ausgeklammert und nur in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt werden.

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, das Interesse und das Know-how sollte künftig in allen Fachausschüssen so ausgeprägt sein, um sich dort angemessen mit Fragen der IuK und Verwaltungsmodernisierung auseinanderzusetzen. Aber auch dann, wenn dies einmal der Fall sein sollte, habe der Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit darauf zu achten, ob bestimmte Fehler in den unterschiedlichen Verwaltungen wiederholt würden und wie z. B. ein Vertragsmanagement aussehen sollte oder das Projektmanagement, das Controlling und die Gesamtsteuerung verbessert werden könnten.

Er bedanke sich auch, dass heute die Vertreter der verschiedenen Verwaltungen anwesend seien. Möglicherweise könnten die Verwaltungen teilweise voneinander lernen, wenn sie die verschiedenen Stellungnahmen hörten. Eine zeitlich gestaffelte Einladung wäre aber sicherlich auch sinnvoll gewesen.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt hinsichtlich des Verfahrens Einvernehmen fest, zunächst den Einzelplan 05 und danach die IuK-Listen der Verwaltungen in aufsteigender Reihenfolge – nach Anzahl der vorliegenden Fragen – zu behandeln, damit insgesamt möglichst schnell möglichst viele Mitarbeiter der Verwaltungen dann nicht weiter anwesend sein müssten.

Thomas Birk (GRÜNE) merkt an, dass dieses Verfahren nur für die Beratung über die einzelnen Titel gelten könne. Zunächst müssten die Grundsatzfragen behandelt werden.

Simon Weiß (PIRATEN) weist ebenfalls darauf hin, dass sich dieses Einvernehmen lediglich auf die Beratung zu den einzelnen Kapiteln und Titeln beziehe. Die Grundsatzfragen sollten zu Beginn behandelt werden, zumal dann auch noch alle Vertreter der Verwaltung anwesend seien.

Uwe Doering (LINKE) betont, dass man auch aus inhaltlicher Sicht zunächst die grundsätzlichen Fragen diskutieren müsse.

Vorsitzender Alexander Morlang verweist auf die vorliegende Synopse mit den verschiedenen Fragen der Fraktionen und ruft Einzelplan 05 auf.

Einzelplan 05 – Inneres und Sport

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 540 01 – Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform –

Fraktion Die Linke, Frage Nr. 1 (Seite 6 der Synopse):

Bislang bei 0501, Titel 54001 gebucht und im Ausschuss VerwaltRefKIT beraten. Es wäre sinnvoll, diesen Titel nicht nur im Innenausschuss sondern auch im Ausschuss ITDat zu beraten! Welche Projekte sollen aus diesem Titel finanziert werden? Für die Beratung des Doppelhaushalts 2010/11 lag eine vom Staatssekretärsausschuss verabschiedete Projektliste vor! Bitte Projektliste für 2012/2013 vorlegen.

und

Kapitel 0505 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Berlinweites E-Government –

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Fraktion Die Linke, Frage Nr. 2 (Seite 6):

- Davon 500.000 für zentral finanzierte innovative IT-Projekte zur Verwaltungsentwicklung – Welche Projekte sollen daraus finanziert werden? Bitte Projektliste vorlegen!
- Davon 500.000 für Nachnutzung der EU-DLR – Welche Projekte und welcher Zeitablauf sind konkret vorgesehen?
- Davon 819.000 für Nachnutzung des ProDiskurs – Wie ist der Projektablauf geplant?
- Davon 1.808.000 für eAkte – Welcher Zeit- und Kostenplan für die weitere Umsetzung liegt vor? Bitte konkretere Angaben zum Projektablauf und detaillierte Darstellung des Projekts?

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) verweist hinsichtlich der zentral finanzierten innovativen IT-Projekte zur Verwaltungsentwicklung auf die folgende Ankündigung in den „Richtlinien der Regierungspolitik“: „Der Senat wird die Modernisierungsvorhaben bis Mitte 2012 in einem Regierungsprogramm ‚ServiceStadt Berlin 2016‘ bündeln.“ – Da das Modernisierungsprogramm mitsamt Projekten also erst im Sommer 2012 vorliegen werde, könne der betreffende Ansatz aktuell noch nicht mit Projekten hinterlegt werden. Die Kriterien zur Aufnahme und Finanzierung von Projekten solle der Staatssekretärsausschuss zur Verwaltungsmodernisierung in seiner ersten Sitzung im März beschließen.

Zur Nachnutzung und Weiterentwicklung der eGovernment-Komponenten der EU-Dienstleistungsrichtlinie: Entsprechend den Richtlinien der Regierungspolitik sei die für den Einheitlichen Ansprechpartner geschaffene elektronische Lösung richtungsweisend; sie stelle eine wichtige Basis für weitere eGovernment-Verfahren dar. Die hiermit verbundenen Maßnahmen zielten insgesamt auf eine Vereinheitlichung von eGovernment-Strukturen mit folgenden Hauptaspekten ab, wobei dafür SenWiTechForsch federführend sei: technische Komponenten, die Plattformen, das Serviceportal „serviceberlin.de“, das Geschäftsmodell und das Change-Management.

Eine direkte Nachnutzung der technischen Komponenten sei zunächst in folgenden Bereichen und Projekten geplant: Online-Erweiterung des elektronischen Bau- und Genehmigungsverfahrens, Online-Bereitstellung von 200 Formularen zur Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben, Anliegen- und Beschwerdemanagement in bezirklichen Ordnungsämtern und Online-Bürgerdienst Bewohnerparkausweis sowie Umsetzung des Konzepts „Gemeinsame Anlaufstellen“. – Man wolle damit die Nachnutzungsprojekte im Einzelnen unterstützen. Es gehe um Folgendes: Erweiterung der technischen Komponenten um Funktionen, die in Folgeprojekten benötigt würden, Anpassung der technischen Komponenten für eine verallgemeinerte Bereitstellung im Sinne einer eGovernment-Plattform, Portalservice zum Aufbau des Subportals „serviceberlin.de“, Identitätsmanagement zur Integration des neuen Personalausweises, Kunden- und Fallmanagement zur Verwendung des allgemeinen Online-Antragsverfahrens.

Zur Teilfrage ProDiskurs: Bei ProDiskurs handele es sich um ein umfassendes, bezirkliches und übertragbares Modernisierungsprogramm in Marzahn-Hellersdorf, in dessen Rahmen zahlreiche Innovationen geschaffen worden seien. Im Mittelpunkt des Projekts hätten vier Modernisierungsmaßnahmen gestanden: 1. Schaffung eines Beschäftigungsportals zur Verbesserung der internen Kommunikation und Digitalisierung einfacher Geschäftsprozesse, 2. Ausweitung des Terminmanagements auf weitere Ämter mit Publikumsverkehr, 3. Schaffung einer Online-Bewertung der Leistungen der Bürgerämter durch die Kundinnen und Kunden und 4. Schaffung von Bürgerterminals.

Wie bei Bezirksprojekten üblich, die über das Modernisierungsprogramm kofinanziert würden, seien alle Maßnahmen so konzipiert worden, dass eine Nutzung auch durch die anderen Bezirke möglich sei. Um bessere Voraussetzungen für ein Ausrollen zu schaffen, seien für die Maßnahmen in 2012 erstmals zentrale Mittel zur Übernahme der Anfangsinvestitionen in den Bezirken bereitgestellt worden. Da sich beim Probetrieb herausgestellt habe, dass die Bürgerterminals bei einem Ausrollen um weitere Funktionen erweitert werden müssten, sollten diese Mittel hierbei Verwendung finden.

Zur eAkte: Bis zum Jahr 2016 sollten bis zu 34 000 IT-gestützte Büroarbeitsplätze – 50 Prozent der Berliner Verwaltung – auf eine hinsichtlich Systematik und Technik einheitliche elektronische Aktenführung und gegebenenfalls elektronische Vorgangsbearbeitung umgestellt werden. Mit Senatsbeschluss vom 16.08.2011 sei SenInnSport beauftragt worden, dem Senat ein konkretes, gemeinsam mit der Hauptverwaltung und den Bezirken erarbeitetes Umsetzungskonzept zur landesweiten Einführung der elektronischen Aktenführung und Vorgangsbearbeitung in der unmittelbaren Berliner Verwaltung einschließlich finanzieller und personeller Auswirkungen vorzulegen. Danach werde eine neue Senatsvorlage zur Beschlussfassung über die Umsetzung vorgelegt. Die Erstellung des Umsetzungskonzepts sei derzeit ausgeschrieben. Anfang April werde mit der Erarbeitung des Konzepts begonnen. Der

Senatsbeschluss zur Einführung sei für die zweite Jahreshälfte 2012 vorgesehen. Verbunden mit der Erarbeitung des Umsetzungskonzepts seien auch die Erstellung eines Lastenheftes und die Planung der Einführung, sodass direkt im Anschluss an den Senatsbeschluss mit der Ausschreibung des DME-Tools begonnen werden könne. Damit fielen in diesem Haushaltsjahr sowohl Kosten für das Umsetzungskonzept als auch Kosten für die konkrete Einführung an. Auch um eine Einführung für die einzelnen Behörden attraktiver zu machen, werde SenInnSport die landesweite Einführung personell und finanziell begleiten. So sei eine Anschubfinanzierung vorgesehen; weiterhin würden den Behörden externe Berater für die Einführungsphase zur Verfügung gestellt, die ebenfalls von SenInn Sport finanziert würden.

Mit der Einführung der elektronischen Aktenführung und Vorgangsbearbeitung verfolge das Land Berlin das grundsätzliche Ziel, die Effektivität und die Effizienz der Berliner Verwaltung zu erhöhen. Insbesondere solle damit erreicht werden: Reduzierung der Bearbeitungs-, Durchlauf- und Suchzeiten von Geschäftsprozessen und Dokumenten, Ermöglichen eines zeitgleichen und ortsunabhängigen Zugriffs auf Dokumente, Erleichtern von Angeboten für neue, moderne Dienstleistungen der Verwaltungen, Reduzieren des Raumbedarfs für die Aktenhaltung und Archivierung, Erleichtern der behördenübergreifenden elektronischen Zusammenarbeit, Reduzierung der Medienbrüche, Optimieren des Gesamtspeicherbedarfs, Erhöhen der Qualität der elektronischen Aktenführung im Sinne der Vollständigkeit und Erhöhen der Mitarbeiterakzeptanz für eine ergonomische Lösung.

Uwe Doering (LINKE) bittet darum, dem Ausschuss diese Ausführungen auch schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Alexander Morlang bittet den Vertreter von SenWiTechForsch um eine Stellungnahme zur EU-DLR.

Ralf Jürgens (SenWiTechForsch) erklärt, in der vorliegenden Synopse seien mehrere Fragen zur EU-DLR enthalten. Ihm sei nicht klar, zu welchen Fragen er nun Stellung nehmen solle und wie das Verfahren gedacht sei.

Thomas Birk (GRÜNE) bestätigt, dass zu Titel 540 85 weitere Fragen vorlägen. – Zur EU-DLR habe Staatssekretär Statzkowski bereits im Rahmen einer Besprechung in der 2. Sitzung des Ausschusses ausführlich Stellung genommen; dies könne man im Inhaltsprotokoll der Sitzung nachlesen. – Könne Staatssekretär Statzkowski zu Titel 540 85 die Frage 8 auf Seite 10 der Synopse beantworten: Worin bestehe der Unterschied zu 0500/54085 Punkt 9? – Das gewählte Verfahren bringe keineswegs eine Vereinfachung, sondern kompliziere die Beratung. Es sollte noch einmal überdacht werden.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) betont, die jetzige Vorgehensweise werde nicht dazu führen, dass die Mitarbeiter der Verwaltung insgesamt weniger lang anwesend sein müssten.

Zur Frage des Abgeordneten Birk: Mittlerweile sei es zu einer Aufschlüsselung auf drei verschiedene Haushaltstitel gekommen. SenInnSport habe jetzt an drei verschiedenen Stellen Maßnahmen zur Finanzierung landesweiter Projekte im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung veranschlagen müssen: a) in Kapitel 0500/54001 die zentral zu finanzierenden innovativen Projekte der Verwaltungsentwicklung; b) einen Teilansatz in Kapitel 0500/54085, und

zwar landesweite Aufgaben im Rahmen der ministeriellen Steuerung sowie die Finanzierung innovativer IT-Projekte zur Standardisierung oder landesweiten Nachnutzung einmalig entwickelter IT-Lösungen auf Grundlage von Entscheidungen der zuständigen Stellen oder Gremien und c) in Kapitel 0505/Titel 54085 Projekte des berlinweiten eGovernments.

Thomas Birk (GRÜNE) bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung, um die weitere Vorgehensweise klären zu können.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt hierzu Einvernehmen fest.

[Kurze Unterbrechung der Sitzung]

Vorsitzender Alexander Morlang teilt mit, dass offenbar ein Missverständnis bestanden habe. Man werde zunächst die am Beginn der Synopse aufgeführten allgemeinen Fragen abarbeiten und danach die IuK-Listen nach Anzahl der Fragen – zunächst die mit den wenigsten Fragen – behandeln. – Zum Einzelplan 02 – Verfassungsgerichtshof – und zum Einzelplan 21 – Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit – lägen keine schriftlichen Fragen vor. Er schlage vor, dass die betreffenden Mitarbeiter nicht weiter anwesend sein müssten, und stelle hierzu Einvernehmen fest. – Aufgerufen sei nun Frage Nr. 1 auf Seite 1 der Synopse – Allgemein –.

Fraktion der SPD und Fraktion der CDU, Frage Nr. 1 (Seite 1 der Synopse)

Vorab als Verständnisfrage zu den Kosten eines verfahrensunabhängigen Computerarbeitsplatz in der Berliner Verwaltung:

Zum besseren Verständnis und zum Vergleich zu Beginn einer Legislaturperiode daher die Bitte um ein paar kurze einleitende Worte zu den Kosten eines Computerarbeitsplatzes in der Berliner Verwaltung bei verfahrensunabhängiger IuK? Was gehört dazu, was gehört alles zu den Dienstleistungen im genauen Sinn? Weiterführende Erläuterungen zu „Fremdleistung“ zu 1.440 € und zu „Eigenleistung“ für 750 €. Auch generelle Aussagen zu Verbrauch, was wäre viel oder wenig im Verbrauch/Unterhalt (eine kurze Vergleichsdarstellung/Vergleich zur Privatwirtschaft?)

Udo Rienaß (SenInnSport) teilt mit, nach der Buchungsrichtlinie für IT-Kostenträger gehörten zur Verfahrensunabhängigkeit bei einem Computerarbeitsplatz die Arbeitsplatzausstattung – PC, Bildschirm, Tastatur, Maus, Systemsoftware, Drucker und alles um das Drucken – sowie der Infrastruktur-Server, die unterbrechungsfreie Stromversorgung, die Netzkomponenten, der Anschluss an das Berliner Landesnetz mit den aktiven Komponenten einschließlich Lizenz, die Standardsoftware wie Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentationsgrafik, Datenbankverarbeitung und sonstige verfahrensunabhängige Software. Zudem gehörten dazu die Dienstleistungen – E-Mail senden und empfangen, Fax senden und empfangen vom PC, Internet- und Intranetzgang, Kalender, Adressbuch, Daten speichern, Daten im- und exportieren, Zugriff auf IT-Dienste wie Formularserver oder virtuelle Poststelle, Firewall, Virens Scanner, Spamfilter, Systemimplementierung, Infrastruktur.

Zusammengefasst gehöre dazu: klassischer PC-Arbeitsplatz mit den Standardfunktionalitäten und die Dienstleistungen. – Das werde man aber gern in der Gesamtheit schriftlich zur Verfügung stellen.

Zum Unterschied zwischen Fremdleistung und Dienstleistung: Man habe in einigen Verwaltungen wie z. B. SenInnSport in der Zwischenzeit keine eigene IT-Stelle, sondern miete eine entsprechende Dienstleistung unter dem Stichwort ITIS – IT-Infrastrukturservice –, die vom ITDZ erbracht werde. Diese Dienstleistung beinhalte die genannten Funktionalitäten, gleichzeitig aber auch Dinge, die bei der Eigenleistung noch zu berücksichtigen wären, nämlich beispielsweise die ständige Anpassung der Investitionsmaßnahmen und die Bereitstellung der Dienstleistung über ein Userheft etc. – Bei der Fremdleistung werde eine Dienstleistung eingekauft, bei der Eigenleistung gehe es ausschließlich um den Arbeitsplatz im engeren Sinne, sodass z. B. das Personal, das noch in den einzelnen Dienststellen vorrätig sei, und die erforderlichen Investitionen hinzugerechnet werden müssten.

Für SenInnSport gelte zudem noch Folgendes: Dort gehöre zur Dienstleistung auch die Telefonie, weil man nicht mehr die Trennung zwischen klassischer Datenverarbeitung und Telefonie habe, sondern auch die Telefondienstleistung über Voice over IP – VoIP – anmiete und demzufolge dort ein volles Paket eines Computerarbeitsplatzes in der verfahrensunabhängigen Infrastruktur vorsehe. Auch da sei im Moment die Vergleichbarkeit mit anderen Bereichen noch nicht gegeben. Man strebe aber an, in der Diskussion über die Standardisierung des IT-Arbeitsplatzes eine Harmonisierung in allen Dienststellen der Berliner Verwaltung zu erreichen.

Burkard Dregger (CDU) fragt, ob diese Zahlen mit der Privatwirtschaft vergleichbar seien.

Udo Rienaß (SenInnSport) erklärt, die Antwort hierauf laute: ja und nein. – Das Nein ergebe sich im Wesentlichen deshalb, weil der IT-Arbeitsplatz und insbesondere das Arbeiten im Netz sehr hohen Sicherheitsansprüchen genügen müsse. Bei vergleichbaren Diskussionen in verschiedenen Verwaltungen habe man festgestellt, dass insbesondere der hohe Sicherheitsstandard, der auch für den Zugriff auf sicherheitsrelevante Verfahren erforderlich sei, einen enormen Niederschlag in den Kosten im Landesnetz und den Firewalls finde. – Das, was traditionell am IT-Arbeitsplatz vorhanden sei, sei hingegen vergleichbar. – Die Preise des ITDZ an der Stelle ständen im nationalen Benchmark und lägen dort nicht im schlechteren Bereich.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass zu dieser Frage eine schriftliche Beantwortung erfolge.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 2 (Seite 1)

Warum wurden die sächlichen Ausgaben für die Verwaltungsreform (Zentral zu finanzierende innovative Projekte der Verwaltungsentwicklung, jetzt 0500/54001) in 2010 nur zur Hälfte ausgeschöpft? Wie wurde der Topf in 2011 ausgeschöpft?

und

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 3 (Seite 1)

Welche laufenden Projekte aus diesem Titel werden im Rahmen von Service Stadt Berlin in 2012 weitergeführt und welche werden ab 2012 bzw. 2013 neu hinzutreten? Bitte um Auflistung der Projekte in der gewohnten Qualität, also mindestens Bezeichnung/Gegenstand mit Zielen und Finanzbedarf, wo schon vorhanden mit Projektstammbblatt.

Thomas Birk (GRÜNE) weist darauf hin, dass dieser Titel noch nicht an den Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit überwiesen sei, was aber noch bis zur zweiten Lesung geschehen solle. Insofern solle bis zur zweiten Lesung eine schriftliche Beantwortung zu diesen Fragen erfolgen.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt hierzu Einvernehmen fest.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 4 (Seite 1)

Inwieweit und wofür wurden die Innovationsfonds Bürgerdienste und Ordnungsdienste (0500/54050) in 2011 ausgeschöpft? Welche Projekte sind für Innovationsfonds in 2012 und 2013 bereits angemeldet?

Thomas Birk (GRÜNE) bittet auch zu dieser Frage um einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt hierzu Einvernehmen fest.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage 5 (Seite 1)

Wie hat sich das IuK-Gesamtbudget entwickelt (Bitte Ist 2010/Ist 2011/Ansatz 2012/Ansatz 2013 summiert und Kapitelsummenliste)?

und

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage 6 (Seite 1)

Wie hat sich das Gesamtbudget der verfahrensunabhängigen IT im „Ist“ über 2010/11 entwickelt im Verhältnis zu den Ansätzen 2012/13 (in absoluten Zahlen und prozentualen Veränderungen unter Zugrundelegung der Anzahl der IT-Arbeitsplätze in den jeweiligen Haushaltsjahren)?

Thomas Birk (GRÜNE) bittet zu diesen beiden Fragen ebenfalls um einen schriftlichen Bericht. – Könne SenInnSport bereits heute in groben Zügen kurz darstellen, wie sich das Gesamtbudget in der Gesamtsumme entwickelt habe?

Karola Scherler (SenFin) erklärt, die Kosten für die IuK-Titel insgesamt lägen sowohl im Ansatz 2012 wie im Ansatz 2013 bei jeweils ca. 160 Mio. Euro. Die Kosten der verfahrensunabhängigen IT lägen bei ca. 40 Mio. Euro, wenn man nicht zusätzlich den Effekt des Projektes eGovernment at School berücksichtige, durch den jährlich ca. 10 Mio. Euro hinzukämen. Bei Berücksichtigung dieses Effekts lägen die Kosten der verfahrensunabhängigen IT also bei jeweils ca. 50 Mio. Euro. Man werde versuchen, das in der Übersicht zu trennen, so-

dass man diesen Einzelaspekt dann auch in der Zeitreihe von der Entwicklung der verfahrens-unabhängigen IT trennen könne.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt nach, ob sich die Kosten von ca. 160 Mio. Euro auf die gesamte Hauptverwaltung bezögen. Seines Erachtens hätten in den letzten Jahren die Kosten insgesamt für beide Maßnahmengruppen zusammen bei ca. 320 Mio. Euro gelegen.

Karola Scherler (SenFin) erklärt, diese Zahl könne sie nicht nachvollziehen. Im letzten Jahr hätten die Kosten bei ca. 170 Mio. Euro gelegen, und jetzt lägen sie bei ca. 160 Mio. Euro.

Thomas Birk (GRÜNE) merkt an, dass vermutlich ein Missverständnis vorliege. Bezögen sich die Zahlen nur auf SenInnSport?

Karola Scherler (SenFin) teilt mit, dass sie einen ersten Entwurf der Zusammenstellung dabei habe und ihn gern dem Vorredner zeige.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt Einvernehmen fest, dass die Beantwortung zu den Fragen 5 und 6 (auf Seite 1 der Synopse) schriftlich erfolge. Darin werde auch dieses aufgeworfene Problem berücksichtigt.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 7 (Seite 2 der Synopse)

Wie bewertet der Senat die großen Produktkostenunterschiede bei der Betreuung eines IT-Endgerätes in der Berliner Verwaltung, insbesondere zwischen den Senatsverwaltungen und zwischen den Senatsverwaltungen und den Bezirken (Was kostet wo wie viel? 2010, S.55 ff.)? Wie erklärt sich der Senat, dass alle Senatsverwaltungen über dem Median von Bezirken und Hauptverwaltungen liegen? Wie rechtfertigt er die hohen Kosten in den Senatsverwaltungen, insbesondere in der Senatskanzlei, und was hat der Senat unternommen, um diese Kosten auf Senatsebene zu senken? Wie sind die Senatsverwaltungen mit der Absenkung der Veranschlagungswerte auf 750 € bei Eigenleistung bzw. 1440 € bei Fremdleistung umgegangen? Welche Vorteile haben sie bei Unterschreitung, welche Nachteile bei Überschreitung der Veranschlagungswerte? Welche Vorteile werden den Bezirken aus diesem Kostenvergleich erwachsen?

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, manche Verwaltungen schrieben offenbar den Veranschlagungswert über das jeweilige Kapitel im Haushalt, statteten die Ansätze dann aber höher aus. Gehe das zulasten des eigenen restlichen Kapitels, oder könnten sich die Verwaltungen einfach „bedienen“? Andere Verwaltungen wie z. B. SenGesSoz und SenArbIntFrau hätten sich hingegen ziemlich genau an den Veranschlagungswert gehalten. Bringe das einen Vorteil für diese Verwaltungen? Könnten die Verwaltungen, die unter dem Median blieben, die Differenz zwischen Ansatz und Median an anderer Stelle verwenden?

Karola Scherler (SenFin) erklärt, die Kostenunterschiede und damit die unterschiedlichen Preise und Ansatzhöhen im Verhältnis zu dieser maximalen Veranschlagungsleitlinie sollten in den einzelplanbezogenen Beratungen jeweils hinterfragt werden. Es treffe zu, dass Verwaltungen die maximale Veranschlagungsleitlinie überschritten und das in einzelnen Titeln begründeten. Ob diese Begründungen aus Sicht des Haushaltsgesetzgebers tragfähig seien, wer-

de in den Haushaltsberatungen entschieden. Man habe jedenfalls die Abweichungen transparent dargestellt.

Zu der Frage der Über- bzw. Unterschreitung: Die Verwaltungen, die den Veranschlagungspreis unterschritten, könnten trotzdem den Ansatz, den sie in Höhe des maximalen Veranschlagungsvolumens gebildet hätten, in ihrem Hause ausgeben. Die Verwaltungen, die über dem Veranschlagungswert lägen und diese Ausgaben auch zu leisten hätten, müssten das im Zuge ihrer dezentralen Haushaltswirtschaft und -verantwortung entsprechend koordinieren, es sei denn, der Haushaltsgesetzgeber finde die Begründung für die höheren Ausgaben berechtigt.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, wie das Abgeordnetenhaus nachvollziehen könne, wo ein berechtigter Mehransatz vorliege – vor allem im Verhältnis zum restlichen Kapitelansatz. Man wisse nicht, ob eine Umschichtung aus anderen Titeln im gleichen Kapitel erfolgt sei. Die Bezirke könnten nicht einfach darauf verweisen, dass das Produkt teurer und deshalb eine höhere Zuweisung in der Globalsumme erforderlich sei. Das sollte auch für die Hauptverwaltungen nicht möglich sein, sofern die höheren Kosten nicht überzeugend dargestellt würden.

Karola Scherler (SenFin) erklärt, dies könne man tatsächlich nicht im Verhältnis zu anderen Ansätzen innerhalb dieses Einzelplans machen. In den IT-Beratungen – und deshalb habe man die Maßnahmegruppe 31 und 32 so getrennt – werde man innerhalb der Maßnahmegruppe 31 für sich und in sich die Veranschlagung der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur beraten. Dort sei dann zu den Überschreitungen bei einzelnen Titeln eine Begründung angeben – z. B. Mehrkosten wegen Erstinvestition –, die eine Grundlage für die Haushaltsberatung biete.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt Einvernehmen fest, dass die Beantwortung zu Frage 7 (auf Seite 2 der Synopse) schriftlich erfolge.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 8 (Seite 2)

Warum liegen die Kosten für ITIS deutlich über dem Veranschlagungswert von 1440 € für die Fremdleistung je IT-Arbeitsplatz. Hat der Senat Verhandlungen mit dem ITDZ geführt, um den Preis für ITIS zu senken? Wie bewertet der Senat die Preispolitik des ITDZ insgesamt auch im Umgang mit Dienstleistern, die im Auftrag des ITDZ Leistungen erbringen?

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, ob ITIS im Einzelfall für den Standardarbeitsplatz tatsächlich Kosten von 1 700 Euro umfasse. Man habe gehört, dass das ITDZ auch Dritte beauftrage und dabei eine eigene Gewinnspanne einberechne, sodass die Preise des ITDZ unter Umständen auch deshalb nicht mit den Preisen der Privatwirtschaft Schritt halten könnten.

Udo Rienaß (SenInnSport) erklärt, dass bei ITIS eine gewisse Standardisierung hinsichtlich der IT-Infrastruktur vorhanden und darin inzwischen auch die Telefonie enthalten sei. Ferner gebe es bei ITIS mit der Multimediafähigkeit eine Weiterentwicklung, die man auch für SenInnSport anstrebe. Zudem habe man E-Learning-Angebote derzeit im Test. – Die zusätzlichen Leistungen führten zu Einsparungen an anderer Stelle, sodass sich ITIS unter dem Strich rechne.

Die Preispolitik des ITDZ sei ein ständiges Thema im Verwaltungsrat des ITDZ, wobei er davon ausgehe, dass der neu konstituierte Verwaltungsrat dies weiterhin auf der Tagesordnung haben werde. Man gehe davon aus, dass sich bei einer stärkeren Inanspruchnahme von ITDZ durch andere Dienststellen Skaleneffekte einstellen und der Preis pro ITIS-Arbeitsplatz sinken werde.

ITIS beinhalte eine Standardisierung, und dahinter lägen dann noch einmal komplexe Aspekte, wenn es um die Integration von Fachverfahren gehe. Das werde sicherlich noch einmal in der Einzelberatung zum Landesverwaltungsamt von Bedeutung sein. Das Landesverwaltungsamt betreibe nicht nur einen klassischen IT-Arbeitsplatz, sondern sehe auch die Integration von Fachverfahren vor, sodass entsprechende zusätzliche Aspekte zu berücksichtigen seien. Ähnliches gelte für das LABO.

Thomas Birk (GRÜNE) hebt hervor, dass die Vergleichbarkeit erschwert sei, wenn ITIS die Telefonie einbeziehe, aber ansonsten der verfahrensunabhängige IT-Arbeitsplatz ohne Telefonie veranschlagt werde. Insofern müsse man dazu kommen, die Telefonie allgemein einzubeziehen, weil dies auch dem modernen Arbeitsplatz entspreche.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) verweist auf das Projekt „standardisierter IT-Arbeitsplatz“ als Weiterentwicklung von ITIS. Ein Arbeitskreis sei gerade damit befasst, die Anforderungen für einen solchen standardisierten Arbeitsplatz im Einzelnen festzulegen. Anschließend erfolge eine Ausschreibung, wobei man sich wünsche, dass der IT-Dienstleister des Landes Berlin diese Ausschreibung gewinne. Dazu müsse er sich aber in der Ausschreibung behaupten.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass zu dieser Frage kein schriftlicher Bericht angefordert werde.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 9 (Seite 2)

Haben die Verwaltungen, die verfahrensunabhängige IT und Serverhosting als Fremdleistung einkaufen, entsprechend Personal in den IT-Stellen abgebaut? Wird dies erhoben und gibt es dazu ein (ressortübergreifendes) Controlling?

und

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 10 (Seite 2)

Wie erklärt sich die große Spannbreite für Beschaffungskosten für einfache PC (zwischen 400 und 1000 Euro?) in den verschiedenen Verwaltungen?

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) erklärt, die Fragen 9 und 10 werde man schriftlich beantworten.

Udo Rienaß (SenInnSport) berichtet, im Geschäftsbereich von SenInnSport sei das Personal in den IT-Stellen abgebaut worden. Ohnehin bestehe in Bezug auf das IT-Personal das Problem, dass es altersbedingt zu einem Abbau komme und auf dem Arbeitsmarkt kaum neue

Kräfte zu finden seien. Das IT-Personal sei dann nicht mehr vorhanden; ein konkretes Beispiel sei aktuell das Landesverwaltungsamt oder SenInnSport, wo dies 2003/04 geschehen sei.

Thomas Birk (GRÜNE) merkt an, es wäre wünschenswert, dass dies in den Erläuterungen zum Personal entsprechend ausgewiesen würde. Somit könnte man leicht ablesen, dass in Korrespondenz zur Fremdleistung ein Personalabbau erfolge. Es sollte sich allerdings um einen bewussten und nicht zufälligen – etwa altersbedingten – Personalabbau handeln.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) erklärt, aus seiner Sicht seien ohnehin die Zeiten vorbei, wo eine Verwaltung in der Art einsparen könne. Die Spielräume in den Verwaltungen seien inzwischen viel zu eng, und insofern könne man nur noch aufgabenkritisch vorgehen. Man stelle also bewusst die Frage, was man nach außen verlagern könne und wo finanzielle Spielräume vorhanden seien, um bestimmte Fremdleistungen einkaufen zu können.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt Einvernehmen fest, dass die Beantwortung zu den Fragen 9 und 10 (auf Seite 2 der Synopse) schriftlich erfolge.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 11 (Seite 3 der Synopse)

Wie bewertet der Senat die Umsetzung der IT-strategischen Ziele:

- Reduzierung von Druckern (papierlosere workflows, elektronische Signatur)
- Reduzierung des Energieverbrauchs von Servern und IT-Arbeitsplätzen?
- Reduzierung der IT-Fachverfahren
- Virtualisierung von Servern, Optimierung des Server-Client-Verhältnisses
- Schaffung von web-basierten Lösungen
- Offene Standards bei Beschaffung von Software und der Erstellung von eigenen IT-Lösungen

Thomas Birk (GRÜNE) bittet um eine schriftliche Beantwortung dieser Detailfragen.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt hierzu Einvernehmen fest.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 12 (Seite 3)

Wie bewertet der Senat die z. T. erheblichen Betriebskostensteigerungen bei laufenden Fachverfahren? Gibt es dazu ein Controlling?

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) erklärt, beim Berliner Senat gebe es kein zentrales Controlling, sondern das Controlling liege in der Verantwortung der jeweiligen Fachabteilung, die auf die jeweiligen Fachverfahren zu achten habe – auch darauf, dass die Kosten im Einzelnen nicht aus dem Ruder liefen.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass zu dieser Frage kein schriftlicher Bericht angefordert werde.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 13 (Seite 3)

Wie bewertet der Senat Kostenunterschiede für die Telekommunikation und gibt es ein übergeordnetes Controlling dazu? Warum wird die Telekommunikation nicht in die Budgetierung einbezogen?

Karola Scherler (SenFin) erklärt, man habe in den Arbeitsgruppen den Anspruch gehabt, auch die Telefonie mit in dieses Modell der verfahrensunabhängigen IT – also eines Veranschlagungsmodells – einzubeziehen. Allerdings habe es in der Vergangenheit immer noch unterschiedliche Produkte zwischen der Hauptverwaltung und den Bezirken gegeben. Das Veranschlagungsmodell beruhe bekanntlich auf dem Benchmark auf Basis der Kosten-Leistungsrechnungsdaten. Man habe bis jetzt schlichtweg noch nicht die Datenbasis gehabt, um auch hierfür ein Veranschlagungsmodell zu entwickeln. Ab 1.1.2012 habe man aber nun mit der IT-Buchungsrichtlinie 3.0 ein einheitliche Produkt „Telefonie“ und damit auch die Voraussetzung für eine solche Weiterentwicklung im Bereich der Telekommunikation geschaffen.

Bestimmte Kostenunterschiede könne sie nicht beurteilen oder begründen. Wenn der Abgeordnete Birk konkrete Einzelfälle kenne, sollte bei der Beratung zu den betreffenden Fachverwaltungen danach gefragt werden.

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, demnach habe das genannten Arbeitsergebnis aber keine konkreten Folgen für den Haushaltsplan 2012/2013, sondern erst für die Folgejahre. – Wenn die Zahl der Arbeitsplätze feststehe und der Durchschnittspreis für die Telefonie in der einen Verwaltung sehr viel höher als in einer anderen sei, stelle sich die Frage nach den Ursachen. Die Unterschiede seien hierbei allerdings nicht so groß wie beim PC-Arbeitsplatz.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass zu dieser Frage kein schriftlicher Bericht angefordert werde.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 14 (Seite 3)

Wie weit ist der Senat gemeinsam mit den Bezirken mit der Entwicklung einheitlicher, verbindlicher DMS-Standards (entsprechend dem Auflagenbeschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011)? Welche Kriterien kann der Senat benennen, damit das Abgeordnetenhaus dem Auflagenbeschluss, nur Mittel für DMS-Entwicklungen bereitzustellen, die diesen Standards entsprechen, nachkommen kann?

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, der betreffende Auflagenbeschluss laute: „Der Senat wird beauftragt, zusammen mit den Bezirken einheitliche, verbindliche DMS-Standards festzulegen. Ab diesem Haushalt sind nur Mittel für DMS-Entwicklungen bereitzustellen, die diesen Standards entsprechen.“ – Gemeint sei der Haushalt 2012/2013. Zu dieser Frage stehe noch der entscheidende Bericht aus. Wie sei der aktuelle Stand?

Manfred Pasutti (SenInnSport) berichtet, im letzten Jahr habe im Senat keine Einigkeit darüber bestanden, inwieweit die reine Formulierung von Standards tatsächlich weiterhelfe. Aufgrund der dezentralen Ressourcenverantwortung könnten die Häuser letztendlich allein ent-

scheiden, welches Produkt sie einsetzen wollten. Sie könnten also das Produkt des ITDZ nehmen oder das auch sein lassen.

Der Senat habe sich mit einem Beschluss vom August 2011 dafür entschieden, 50 Prozent der IT-gestützten Büroarbeitsplätze bis 2016 mit einer elektronischen Akte auszustatten und zuvor ein Einführungskonzept zu erarbeiten. Den entsprechenden Ablauf habe Staatssekretär Statzkowski bereits in der heutigen Sitzung dargestellt. Man sei gegenwärtig dabei, eine externe Unterstützung zu suchen, und werde dann gemeinsam mit interessierten Häusern dieses Einführungskonzept erarbeiten. Über dieses Einführungskonzept werde der Senat im dritten Quartal entscheiden, und danach müsse man ein Tool suchen, das in der Berliner Verwaltung eingesetzt werden könne. Das könne das Tool, das bereits jetzt mit ca. 2 000 Lizenzen im Land Berlin im Einsatz sei, aber auch ein anderes sein. Das werde der Wettbewerb zeigen.

Anstelle der abstrakten Formulierung von Standards gehe man also den konkreten Weg über ein Tool, das dann näherungsweise flächendeckend in der Berliner Verwaltung eingesetzt werde.

Thomas Birk (GRÜNE) hebt hervor, dass das nicht dem entspreche, was der Auflagenbeschluss gefordert habe. Die Verwaltung sei deutlich im Verzug.

Manfred Pasutti (SenInnSport) erinnert daran, dass der Haushaltsgesetzgeber mit dem Auflagenbeschluss vor allem unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Häusern habe verhindern wollen. Dieses Ziel sei erreicht worden. Nur einige Häuser, die ihre Aktivitäten nicht mehr abbrehen könnten, arbeiteten weiter – und hierfür müsse man eventuell über eine Migrationsstrategie nachdenken –, aber neue Projekte würden nicht begonnen.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, wie viele Häuser bei dem vorgesehenen Weg nicht einbezogen werden könnten.

Manfred Pasutti (SenInnSport) teilt mit, man werde gemeinsam mit den Ressorts und den Bezirken entscheiden, wer am Einführungskonzept mitarbeite, und einen Stufenplan erstellen. Einige Häuser erklärten, bei ihnen sei dies noch nicht vordringlich, während andere eine große Dringlichkeit sähen und sofort beginnen wollten. Wenn der Stufenplan im dritten Quartal beschlossen sei, werde man ihn gern dem Abgeordnetenhaus zur Verfügung stellen.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, welche Häuser nicht teilnehmen könnten, weil sie zuvor bereits eine andere strategische Entscheidung getroffen hätten.

Manfred Pasutti (SenInnSport) erklärt, hierbei handele es sich um die Häuser, die teilweise seit Jahren – übrigens erfolgreich – das Produkt einsetzten, das das ITDZ anbiete und das aus der damaligen SIDOK-Ausschreibung entstanden sei. Es sei rechtlich nicht möglich, dieses erfolgreich eingesetzte Produkt mit ca. 2 000 Lizenzen im Land Berlin auf 35 000 Lizenzen auszudehnen. Zudem habe sich der Markt seit der Ausschreibung von 2006 äußerst stark verändert. – Die betreffenden Häuser könne man gern schriftlich auflisten.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass zu dieser Frage noch eine schriftliche Beantwortung vorgelegt werde.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage 15 (Seite 3)

Welche Verwaltungen verfügen über ein mit der jeweiligen Leitung abgestimmtes IT-Sicherheitskonzept?

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, der Datenschutzbeauftragte habe wiederholt bemängelt, dass rund die Hälfte der Verwaltungen über kein mit der Leitung abgestimmtes Sicherheitskonzept verfüge. Gegebenenfalls müsse man mit Teilsperren dafür sorgen, dass überall ein solches Sicherheitskonzept vorhanden sei.

Manfred Pasutti (SenInnSport) verweist auf den jährlichen IT-Sicherheitsbericht, den SenInnSport verantworte. Die Abfrage im Rahmen dieses Berichts habe eindeutig ergeben, dass alle Senatsverwaltungen und Bezirke über ein IT-Sicherheitskonzept verfügten. Er könne allerdings nicht sagen, ob dies auch für alle nachgeordneten Einrichtungen gelte.

Thomas Birk (GRÜNE) betont, dass es um ein mit der Leitung abgestimmtes Sicherheitskonzept und auch um alle nachgeordneten Behörden gehe. Deshalb solle eine entsprechende Auflistung nachgereicht werden.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) sagt dies zu.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 16 (Seite 3)

Gibt es standardisierte Vorgaben für die Erläuterungen, und wenn ja, warum halten sich die Verwaltungen nicht daran?

Thomas Birk (GRÜNE) weist darauf hin, dass man z. B. zum Haushalt der Gesundheitsverwaltung keine Fragen eingereicht habe, weil bereits alle Details in den Erläuterungen klar aufgelistet worden seien.

Karola Scherler (SenFin) erklärt, dass es keine standardisierten Vorgaben für die Erläuterungen gebe. SenFin gebe in den jeweiligen Aufstellungsroundschreiben alle Hinweise, die hoffentlich zu einem einheitlich aufgestellten Haushaltsplanentwurf führten. Allerdings kollidiere dies auch mit den Interessen der Fachverwaltungen vor Ort, sodass die Darstellungen nicht so einheitlich ausfielen, dass man sie standardisieren könnte.

Insbesondere für die Beratung im Bereich der verfahrensunabhängigen IT habe man erreicht, dass im Haushaltsplan 2010/2011 unter der Maßnahmegruppe 31 eine Tabelle eingefügt worden sei, um wenigstens bestimmte Unterschiede – Ansatz, Ist, tatsächliche Veranschlagung – transparent zu machen. Dafür, dass die jeweilige Verwaltung Abweichungen dort so weit erläutere, dass sie sofort nachvollziehbar seien, könne man jedoch keine Standards vorgeben.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass zu dieser Frage kein schriftlicher Bericht angefordert werde.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 17 (Seite 3)

Wie wird die Zuordnung zu den Maßnahmegruppen 31 und 32 kontrollt?

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) erklärt, die Frage 17 werde man schriftlich beantworten.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage 18 (Seite 3)

Inwieweit wirkt sich das standardisierte Vertragsmanagement positiv auf Verträge und Vertragscontrolling für Maßnahmen der MG 31 und 32 aus?

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) erklärt, Frage 18 werde man ebenfalls schriftlich beantworten.

Fraktion Die Linke, Frage Nr. 19 (Seite 4 der Synopse)

Wie beurteilt der Senat die Anwendung der Veranschlagungswerte für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur in den einzelnen Senatsverwaltungen im Vergleich zu den geplanten Ansätzen für 2012 und 2013? (mündliche Beantwortung)

und

Fraktion Die Linke, Frage Nr. 20 (Seite 4)

Strebt der Senat eine Angleichung der Ansätze an den Veranschlagungswert an und wenn ja, wie soll es perspektivisch erreicht werden? (mündliche Beantwortung)

Karola Scherler (SenFin) erklärt, zu Frage 19 verweise sie auf die Antworten zu den – inhaltlich gleich gelagerten – Fragen 6, 7 und 8. Man werde die Kapitelübersichten mit dem Ist 2010, dem Ansatz 2011 und dem Ansatz 2012/2013 entsprechend vorlegen, sodass die Summen und einzelnen Entwicklungen erkennbar seien.

Zu Frage 20: Das Ziel des Veranschlagungsmodells sei diese Angleichung der Ansätze. Man erwarte, dass genau in Höhe des standardisierten Preises veranschlagt werde, sofern es nicht um entsprechende Ausnahmen gehe.

Uwe Doering (LINKE) fragt, was geschehe, wenn es trotz dieser Erwartung nicht entsprechend erfolge.

Karola Scherler (SenFin) weist darauf hin, dass dann das geschehe, was jetzt in den Haushaltsberatungen zu erledigen sei: Man habe zu klären, ob die Begründungen der Fachverwaltungen in den Erläuterungen tragfähig seien oder nicht.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass zu den Fragen 19 und 20 kein schriftlicher Bericht angefordert werde.

Fraktion Die Linke, Frage Nr. 21 (Seite 4)

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Veranschlagungswerte auch für andere IuK-Kosten (z.B. verfahrensabhängige IT-Infrastruktur, Telefonie) einzuführen? (mündliche Beantwortung)

Uwe Doering (LINKE) erklärt, diese Frage sei bereits durch die Antwort auf die entsprechende Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erledigt. Die Frage der Telefonie werde demnach im Zusammenhang mit der Standardisierung der Arbeitsplätze geklärt werden.

Thomas Birk (GRÜNE) merkt an, dass die Frage der Telefonie beantwortet sei. Aber die Frage nach Möglichkeiten, bei der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur Veranschlagungswerte zu entwickeln – etwa durch Vergleich mit anderen Bundesländern –, sei noch offen.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) erklärt, diese Teilfrage werde man schriftlich beantworten.

Fraktion Die Linke, Frage Nr. 22 (Seite 4)

Bitte eine Übersicht der Kapitelsummen für IuK-Titel aller Einzelpläne 2012/2013 erstellen, die die Ansätze 2012 und 2013 sowie den Ansatz 2011 und IST 2011 enthält.

Uwe Doering (LINKE) erklärt, diese Frage decke sich mit Frage 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und werde schriftlich beantwortet.

Piratenfraktion, Frage Nr. 23 (Seite 4)

Inwieweit plant der Senat die Handlungsempfehlungen der Berliner Open-Data-Strategie umzusetzen? Welche Kosten werden dadurch erwartet und inwieweit sind diese im Haushalt eingeplant?

Piratenfraktion, Frage Nr. 24 (Seite 4)

Wie viel Überschuss hat das ITDZ 2011 erwirtschaftet, wohin fließt dieser Überschuss?

Piratenfraktion, Frage Nr. 25 (Seite 4)

Welche Einnahmen hat das Land Berlin aus Verwertungsrechten, wo sind diese im Haushaltsplan im Einzelnen veranschlagt?

Piratenfraktion, Frage Nr. 26 (Seite 4)

Sind im Haushaltsplan Mittel für die Einrichtung eines freien W-LANs in Berlin vorgesehen und wenn ja, wo?

Piratenfraktion, Frage Nr. 27 (Seite 4)

Seite 174, Kapitel 1531, Titel 51170, Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IuK-Technik:

Dieser IuK Titel ist im gesamten Plan der einzige mit der genauen Bezeichnung des Leistungsmerkmals (SDSL) – welche Ausstattungen weisen alle anderen DSL-Leitungen, die im Haushaltsplan aufgeführt sind, auf? Für die in diesem Titel benannten 1 Gbit/s-Leitungen: Wie hoch ist die durchschnittliche Auslastung, wie hoch ist die Peakauslastung?

Piratenfraktion, Frage Nr. 28 (Seite 4)

Im Haushaltsplan finden sich Austausche von PC-Arbeitsplätzen – was passiert mit den alten Geräten? Wie alt sind diese durchschnittlich und welche durchschnittliche Ausstattung besitzen diese?

und

Piratenfraktion, Frage Nr. 29 (Seite 5)

Was ist der momentane Umsetzungsstand des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 01.07.2010 hinsichtlich der Einführung eines elektronischen Hinweisgebersystems zur Korruptionsbekämpfung (Drucksache 16/3361)? Welchen weiteren Zeitplan verfolgt der Senat bei dieser Umsetzung und sind im Haushaltsplan dafür verwendbare Mittel veranschlagt?

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) weist darauf hin, dass man die Fragen 23 bis 29 erst heute erhalten habe und sie deshalb gern schriftlich beantworten würde.

Simon Weiß (PIRATEN) stimmt dem zu. – Zu Frage 29: Warum sei seine inhaltlich gleiche Mündliche Anfrage aus der letzten Plenarsitzung noch nicht beantwortet worden?

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) erklärt, die Antwort zu dieser Mündlichen Anfrage habe vorgelegen und sei mittlerweile versendet worden. Sie werde dem Vorredner also in Kürze schriftlich vorliegen.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass damit der Allgemeine Teil abgearbeitet sei, und ruft Einzelplan 09 auf, zu dem lediglich zwei Fragen vorlägen.

Einzelplan 09 – Arbeit, Integration und Frauen –

Kapitel 0942 – Arbeitsgericht

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 1 (Seite 19 der Synopse)

Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT 2012 rd. 24.000 € und in 2013 rd. 132.000 € über dem Veranschlagungswert?

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, alle Titel der verfahrensunabhängigen IT in diesem Kapitel sollten zur zweiten Lesung zurückgestellt werden, weil die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT über dem Veranschlagungswert lägen. Diese Zurückstellung aller Titel der verfahrensunabhängigen IT solle auch bei allen späteren Kapiteln erfolgen, wenn dazu eine Frage vorliege, die darauf Bezug nehme, dass die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT über dem Veranschlagungswert lägen. Er kündige zudem an, dass man möglicherweise zum Mittel der pauschalen Minderausgaben in den jeweiligen Kapiteln greifen werde.

Hans-Joachim Sachtleber (Arbeitsgericht Berlin) erklärt, die Abweichung vom Veranschlagungswert habe zwei verschiedene Dimensionen und Ursachen. Die Arbeitsgerichtsbarkeit sei in diesem Jahr, nachdem der ursprünglich angemeldete Haushalt bereits von SenFin revidiert worden sei, noch mal genötigt worden, das Kapitel der Arbeitsgerichtsbarkeit aufzuteilen in ein Kapitel für das Arbeitsgericht und ein Kapitel für das Landesarbeitsgericht. Das habe politische Hintergründe gehabt; das Land Brandenburg habe darauf bestanden und sich mehr Transparenz davon versprochen.

Bei dieser Aufteilung sei ein kleiner rechnerischer Lapsus geschehen. Ihm sei es nicht gelungen – salopp gesagt –, die Mittel in den Maßnahmengruppen 31 im Kapitel 0942 und im Kapitel 0941 richtig aufzuteilen. Unter dem Strich sei aber der Ansatz zumindest in diesem Jahr nicht überschritten.

Anders verhalte es sich beim Haushaltsjahr 2013, wobei dort in den Erläuterungen eine entsprechende Begründung angeführt sei: Angesichts des relativ kleinen Bereichs von ca. 300 Arbeitsplätzen wolle man es vermeiden, einen Hardware-Zoo zu installieren. Deshalb komme es zu den Beschaffungszyklen im Rahmen der Abschreibung der IT-Ausstattung. Bereits 2010 sei die Anschaffung neuer PC geplant gewesen, doch sei die Anschaffung dann nicht erforderlich gewesen, weil die Hardware noch intakt gewesen sei. Dementsprechend habe man 2010 ca. 100 000 Euro weniger ausgegeben, was auch den Ist-Ausgaben zu entnehmen sei, sodass man zuzüglich der Differenz, die jetzt bei dem anderen Kapitel liege, jetzt das zusätzlich ausgeben, was man zuvor eingespart habe. – Da man die Mittel nicht in die anderen Haushaltsjahre übertragen könne, habe man die Mittel für die dringend notwendige und in 2013 durchzuführende Ersatzbeschaffung wieder anmelden müssen.

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, die Begründung sei sehr einleuchtend, zumal der Anschaffungszyklus offenbar um drei Jahre nach hinten verschoben worden sei. Deshalb ziehe er seine Forderung, alle Titel der verfahrensunabhängigen IT zur zweiten Lesung zurückzustellen, für Kapitel 0942 bzw. für Kapitel 0941 zurück.

Titel 813 89 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 2 (Seite 19)

Welche Vorgaben für das DMS sind inzwischen vorhanden? An welchen Standards orientieren sie sich?

Hans-Joachim Sachtleber (Arbeitsgericht Berlin) führt aus, die Problematik für die Gerichtsbarkeiten liege darin, dass die elektronische Vorgangsbearbeitung in den Gerichten an-

deren Abläufen als in der normalen Verwaltung unterworfen sei. Das beziehe sich auf den Verfahrensablauf im Gericht und darauf, dass die Beteiligten im Gericht über andere Rechte verfügten als in der Verwaltung. Beispielsweise habe bei den Gerichtsakten jeder Beteiligte dauernd Einsichtsrecht, sodass der Ansatz für eine elektronische Gerichtsakte ein anderer sei als für eine elektronische Verwaltungsakte.

Man habe hierzu auch schon eine Planung vorgesehen, die man aber mit Blick auf die Veränderungen auf dem Markt und mögliche Verschiebungen in den Standards habe verschieben müssen. Konkreter Anlass sei jetzt, dass es eine länderübergreifende Zusammenarbeit gebe, an der auch Berlin beteiligt sei. Noch in diesem Jahr werde es eine entsprechende Bundesratsinitiative geben, die den elektronischen Rechtsverkehr insgesamt und die elektronische Aktenbearbeitung in den Gerichten forcieren solle.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, ob diese länderübergreifende Zusammenarbeit die Berliner Justiz insgesamt oder nur die Arbeitsverwaltung betreffe. Sei dieses Projekt kompatibel mit dem Projekt eAkte?

Hans-Joachim Sachtleber (Arbeitsgericht Berlin) erklärt, diese Initiative laufe landes- und justizweit. Für die Arbeitsgerichtsbarkeit bestehe die Problematik, dass man bei SenArbIntFrau angesiedelt sei und dann die Kontakte suchen müsse.

Bernhard Brückmann (SenJustV) erklärt, in der angesprochenen eJustice-Bundesratsinitiative seien acht Bundesländer in einer Arbeitsgruppe vertreten, die aber für Deutschland insgesamt arbeite. Er sei selbst Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Es sei vorgesehen, im Zeitraum der nächsten zehn Jahre in der gesamten deutschen Justiz den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Aktenführung einzuführen. Das solle auch technisch so abgestimmt sein, dass es möglichst zu keiner Doppel- oder Mehrarbeit komme. Für die jeweiligen Fachverfahren solle es einheitliche DMS-Lösungen geben, die auch, wenn möglich, über mehrere Fachverfahren hinausgingen. SenJustV sei mit SenArbIntFrau im Austausch. Die Ergebnisse dieser Bundesratsinitiative seien somit auch SenArbIntFrau bekannt, und SenJustV wisse, was SenArbIntFrau bzw. die Arbeitsgerichtsbarkeit plane.

Zur Frage, inwieweit diese Initiative mit der Landesstrategie abgestimmt sei: Man achte darauf, dass man dieses Projekt, wenn möglich, im Rahmen der Landesstrategie umsetzen könne. Allerdings müsse man sich für den Fall, dass es kostengünstiger sei, vorbehalten, eine Kopplung mit den Justizfachverfahren vorzunehmen, weil man dann die DMS-Lösungen auf die justiziellen Belange maßschneidern könne.

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, damit sei eine grundsätzliche Frage angesprochen, die man an dieser Stelle nicht vertiefen könne, aber weiter im Blick behalten müsse.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass zu dieser Frage kein schriftlicher Bericht angefordert werde.

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales –

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Soziales – Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Fraktion Die Linke, Frage Nr. 1 (Seite 21 der Synopse)

Bitte Erklärung der Erläuterung zur höheren Aufwendung für IT-Systeme Topqw und Topqm (mündlich)

Uwe Doering (LINKE) erklärt, bei Titel 540 85 werde zu Nr. 4 – Datenpflege, Softwareanpassung und Dienstleistungsvertrag mit dem ITDZ für das neue IT-Verfahren – angeführt, dass höhere Aufwendungen für den Dienstleistungsvertrag geltend gemacht würden. Hierzu bitte er um eine Erläuterung.

Martin Spaja (SenGesSoz) weist darauf hin, dass das Thema Topqw bzw. Topqm im Kontext des Kapitels 1150 möglicherweise etwas unglücklich dargestellt sei. Die eigentlichen Aufwände für Topqw und Topqm seien gleich geblieben, was Wartung und Pflege betreffe – 17 000 bzw. 27 000 Euro. Neu hinzugekommen sei eine Anmeldung für den zukünftigen Betrieb im ITDZ, der angestrebt werde.

Hintergrund dafür sei, dass diese Anwendung eine kritische Anwendung im Sinne der Grundlage sei, denn die Vertragsdaten für die Einrichtungen, die dort gepflegt würden, seien die Grundlage für die Zahlbarmachung im Verfahren OPEN/PROSOZ und sozusagen auszahlungsrelevant. Deswegen solle zukünftig dieser Betrieb auf Service-Level-Basis und nachhaltig im ITDZ erfolgen.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, worin hierbei der Vorteil liege. Habe sich gegenüber 2010/2011 in der Sache etwas geändert, sodass diese Mehrkosten notwendig seien? Würden durch den Service des ITDZ Kosten an anderer Stelle eingespart?

Martin Spaja (SenGesSoz) erklärt, dass dieser Betrieb derzeit beim dezentralen Infrastrukturanbieter erfolge und insofern nicht direkt abgesichert sei – über Service-Level und die Verbindung zum PROSOZ-Verfahren. Das PROSOZ-Verfahren werde schon im ITDZ betrieben, und insofern sei es wichtig, diese Vertragsdaten aus dem Vertragsmanagement, das dort mit dieser Anwendung Topqw erfolge, zum ITDZ zu überführen.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, ob dadurch, dass das Verfahren OPEN/PROSOZ bereits im ITDZ betrieben und nun diese Anpassung an das ITDZ nachvollzogen werde – und SenGesSoz gezwungen sei, dies zu machen –, das ITDZ dafür einfach einen bestimmten Preis benennen könne. Gebe es Spielräume oder Alternativen? – Der Grund für den Kostenaufwuchs sei noch nicht deutlich geworden.

Martin Spaja (SenGesSoz) erklärt, der Ansatz beruhe auf einem unverbindlichen Angebot seitens des ITDZ. Deswegen sei in der Zwischenzeit von der Fachgruppe ein Konzept zum Betrieb von Topqw und Topqm erarbeitet worden, wo die Anforderungen aus dem Fachbereich definiert seien. In der nächsten Zeit erfolge mit dem ITDZ die Abstimmung über die konkreten Preisausgestaltungen für den Betrieb. Man hoffe auf Synergieeffekte, wenn die beiden Anwendungen – OPEN/PROSOZ und die Anwendung im Rahmen von Ergotop – beim gleichen Dienstleister betrieben würden.

Thomas Birk (GRÜNE) bittet darum, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen. Zudem solle zu den Verhandlungen mit dem ITDZ schriftlich berichtet werden.

Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Leitung der Behörde und Service –

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Fraktion Die Linke, Frage Nr. 2 (Seite 21)

Bitte Erläuterung der Erklärung „Mittel für den Zentralen pädagogischen med. Fachdienst bis Abschluss Aufsichtungsverhandlungen mit den Bezirken gesperrt.“ (mündlich)

Uwe Doering (LINKE) erklärt, es gehe vor allem darum, was mit „Aufsichtungsverhandlungen“ gemeint sei.

Stefan Trautmann (LaGeSo) teilt mit, mit dieser Sperre wolle man sicherstellen, dass dann auch entsprechende Mittel bei den Bezirken in Abfluss gebracht würden.

Thomas Birk (GRÜNE) hebt hervor, dass die Senatsverwaltung dem Abgeordnetenhaus diese Sperre vorschlage. Bis wann werde man voraussichtlich mit den Bezirken zu einem Ergebnis kommen?

Stefan Trautmann (LaGeSo) teilt mit, dass die Maßnahme im Haushaltsjahr 2013 umgesetzt werden solle.

Thomas Birk (GRÜNE) betont, dass bereits 2012 1,08 Mio. Euro etatisiert seien. Könne bis zum Beschluss über den Haushalt ein Verhandlungsergebnis erzielt werden?

Stefan Trautmann (LaGeSo) macht darauf aufmerksam, dass er für IT-Fragen zuständig sei. Die vorliegende Maßnahme gehöre wohl eher in den Ausschusses für Gesundheit und Soziales.

Uwe Doering (LINKE) erklärt, eine Beratung im Ausschusses für Gesundheit und Soziales sei sinnvoll. Der Titel solle solange zurückgestellt werden.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt hierzu Einvernehmen fest.

Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus –

Kapitel 0100 – Abgeordnetenhaus

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 1 (Seite 7 der Synopse)

Welche Neuerungen für PARDOK sind geplant?

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, zu den jetzigen Haushaltsberatungen habe man leider noch nicht einmal eine standardisierte Vorlage für die Besprechungspunkte verwenden können. So hätten die Ausschüsse Excel oder Office und zudem verschiedene Dateiformate benutzt. Er hoffe, dass man für die Beantwortung der Fragen und für die standardisierte Antragsstellung eine für alle Verwaltungen einheitliche Form finden werde. Das erleichtere auch die spätere Zusammenführung im Hauptausschuss.

Jochen Markmann (Abghs) teilt mit, für PARDOK seien nicht viele Neuerungen geplant. Das Betriebssystem solle von einem alten Linux- auf ein neues Linux-System umgesetzt werden. Die betreffenden Mittel seien allgemein für alle Großverfahren eingestellt worden – neben PARDOK auch für PARI, ADOS und ProSy –, damit man jeweils auf die Anforderungen der Fachverwaltungen und der politischen Gremien reagieren könne.

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, die Frage nach PARDOK sei lediglich der „Aufhänger“, um einmal die verschiedenen Anforderungen an ein modernes Parlament zu thematisieren. Wie wolle sich das Abgeordnetenhaus hierbei künftig aufstellen? Wie wolle man sich an diesem Prozess beteiligen? Welche Vorschläge der Verwaltung lägen bereits vor? – Bei PARDOK könne man sich nach innen wie nach außen Verbesserungen vorstellen. Welche konkreten Pläne seien vorhanden?

Jochen Markmann (Abghs) führt aus, PARDOK habe man mit einem Fragesystem verbunden, und das funktioniere. Jetzt entwickle man das Verfahren SiSy. Dabei würden PARDOK, ADOS und ProSy in ein Verfahren gesetzt, damit alle Abteilungen damit arbeiten könnten. Am Ende solle dann auch die Anzeige im Plenarsaal darüber laufen. – Dies sei die Neuerung, und dafür würden zunächst einmal die pauschalen Mittel eingestellt.

Daniel Buchholz (SPD) hebt hervor, dass hierbei das Abghs im Vergleich mit den anderen Bundesländern sicherlich nicht auf dem neuesten Stand sei. Inwieweit finde diesbezüglich eine Information und Abstimmung mit anderen Landesparlamenten statt? – Leider sei auf den Einzelseiten für Abgeordnete im Webauftritt des Abgeordnetenhauses nicht einmal die E-Mail-Adresse vermerkt. Hierfür bitte er um eine Begründung.

Jochen Markmann (Abghs) erklärt, selbstverständlich finde eine Abstimmung mit den anderen Ländern statt. Die IT-Mitarbeiter aller Landesparlamente trafen sich regelmäßig. – Der Webauftritt werde gerade überarbeitet; der neue Auftritt solle 2013 fertig sein. In 2012 habe man eine Arbeitsgruppe, eine Projektgruppe und eine Lenkungsgruppe eingerichtet, die derzeit daran arbeiteten. Bis Ende 2012 solle das Pflichtenheft fertig sein, damit man 2013 den neuen Webauftritt beauftragen könne. Ideen für Veränderungen und Verbesserungen seien vorhanden und würden jetzt abgearbeitet.

Daniel Buchholz (SPD) betont, die E-Mail-Adressen der Abgeordneten sollten nicht erst 2013, sondern am besten schon sehr kurzfristig aufgenommen werden.

Jochen Markmann (Abghs) erklärt, diesen Hinweis nehme er gern auf. Man werde dies entsprechend umsetzen.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, ob zu den Konzepten, die die Verwaltung erarbeitet habe, auch die Fraktionen rechtzeitig befragt würden. Seien die Fraktionen in einer Arbeitsgruppe mit einbezogen?

Jochen Markmann (Abghs) teilt mit, dass gegenwärtig nicht geplant sei, die Fraktionen einzubeziehen. Zunächst werde das Pflichtenheft erarbeitet und nach Fertigstellung dem Präsidium vorgelegt. Anschließend erhielten es die Fraktionen entweder über die Präsidiumsmitglieder oder vom Präsidenten direkt. Fragen und Hinweise seien gern gesehen, aber bislang handle es sich um eine reine Verwaltungsmaßnahme.

Thomas Birk (GRÜNE) kündigt an, dass man einen Besprechungspunkt über die zeitgemäße Darstellung parlamentarischer Arbeit demnächst auf die Tagesordnung setzen werde. Dies sollte wohl noch vor Abschluss der Haushaltsberatungen geschehen. Möglicherweise sollten die Mittel so lange gesperrt werden, bis man wisse, dass ein Verfahren gewählt werde, an dem alle beteiligt würden, und man sich auf ein Konzept geeinigt habe – möglichst auch in Abstimmung mit der Opposition.

Vorsitzender Alexander Morlang nimmt für seine Fraktion Stellung. – Die Piratenfraktion verfüge durchaus über IT-Kompetenz und hätte auch Freude an einer technischen Diskussion des Systems. IT-Prozesse zu definieren und zu schaffen, wo ein direkter Input von der Userbasis vorhanden sei, könne zu besseren Ergebnissen führen und sei sicherlich nicht besonders kostenintensiv. – Es bestehe Einvernehmen, den vom Abgeordneten Birk angeführten Besprechungspunkt über die zeitgemäße Darstellung parlamentarischer Arbeit demnächst auf die Tagesordnung zu nehmen.

Thomas Birk (GRÜNE) schlägt vor, dass die Verwaltung über die geplanten Neuerungen für PARDOK schriftlich berichten solle. Der betreffende Titel solle zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt hierzu Einvernehmen fest.

Titel 81 361 - Erneuerung des Webauftritts (Internetangebots) des Abgeordnetenhauses von Berlin

Fraktion der SPD und Fraktion der CDU, Frage Nr. 2 (Seite 7)

Welche technischen Anforderungen werden an den neuen Webauftritt des AHB gestellt? Welchen Leistungsumfang soll die Internetseite haben?

und

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frage Nr. 3 (Seite 7)

Gibt es schon konkrete Überlegungen dazu? Wie werden die Fraktionen daran beteiligt?

Burkard Dregger (CDU) erklärt, der neue Webauftritt sehe offenbar keine wesentlichen Veränderungen für PARDOK vor. Welche Veränderungen seien mit dem neuen Webauftritt

verbunden? Bestehe die Möglichkeit, Entwicklungen aus anderen Bundesländern zu übernehmen?

Jochen Markmann (Abghs) stellt klar, dass PARDOK zunächst einmal nichts mit dem Webauftritt zu tun habe. PARDOK sei die Parlamentsdokumentation. – Die Neuerungen des Webauftritts würden derzeit erarbeitet. Die Erfahrungen der anderen Länder nehme man auf. Der Landtag in Schwerin habe den jüngsten Webauftritt kreiert, und die Projektgruppe bzw. ein Teil der Projektgruppe werde sich vor Ort darüber informieren, um neue Erkenntnisse für den eigenen Webauftritt zu gewinnen.

Zu den technischen Anforderungen an den neuen Webauftritt: Die Barrierefreiheit solle erhöht werden, wobei man bei der Erneuerung des eigenen Webauftritts vor sechs Jahren noch selbst an vorderster Stelle gestanden habe. Alles andere werde derzeit noch erarbeitet.

Burkard Dregger (CDU) fragt, wie der Vergleich mit einem Webauftritt ausfalle, den man in der freien Wirtschaft für ein Unternehmen mit vergleichbaren Funktionen erstellen lasse.

Jochen Markmann (Abghs) erklärt, der Webauftritt des Abgeordnetenhauses sei sechs Jahre alt und müsse demzufolge überarbeitet werden.

Burkard Dregger (CDU) fragt nach, inwieweit die Kosten vergleichbar seien.

Jochen Markmann (Abghs) erklärt, ihm sei nicht bekannt, wie viel dies in der freien Wirtschaft koste. Im vorliegenden Fall scheine der Betrag von 150 000 Euro angemessen zu sein, denn der erste Webauftritt sei auch nicht viel billiger gewesen. In der Zwischenzeit seien die Preise für Manpower in der IT nicht gefallen.

Thomas Birk (GRÜNE) bittet darum, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen. Gegebenenfalls werde man eine Sperre beantragen, bis ein schlüssiges und mit allen Fraktionen abgestimmtes Konzept vorliege.

Vorsitzender Alexander Morlang nimmt für seine Fraktion Stellung. – Aus seiner Sicht sei es unverständlich, dass man nach Schwerin fahre, um sich eine Internetseite anzusehen.

Uwe Doering (LINKE) stellt fest, dass nach seinem Eindruck der Betrag von 150 000 Euro einfach nur „gegriffen“ bzw. geschätzt sei. Könne die Verwaltung die Kosten bis zur zweiten Lesung genauer untersetzen?

Jochen Markmann (Abghs) sagt eine grobe Bestimmung der Kosten zu. Eine feine Bestimmung sei nicht möglich, denn es handele sich tatsächlich um eine geschätzte Zahl. Man wisse z. B. noch nicht, was am Ende im Pflichtenheft vorgesehen sei und welche Firmen dann daran arbeiteten. Es finde eine Ausschreibung statt, die eigene Ergebnisse zu den Kosten bringe.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt Einvernehmen fest, dass zu Frage 3 schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei. Die Beantwortung zu Frage 2 sei erledigt.

**Einzelplan 12 – Stadtentwicklung und Umwelt –
Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –**

Frage 1 (Grüne) [S. 22]

Wieso liegen die Sachmittel für das Verfahren AAA doppelt so hoch wie in der Be-Pla-Übersicht? Wie erklärt sich die Steigerung der Sachmittel für das Elektronische Bau- und Genehmigungsverfahren von 2012 nach 2013? Bitte um Erläuterung der Kostensteigerungen von 2012 nach 2013 in allen internen Projekten und Verfahren (bis auf die Projekte der Abteilung Integrativer Umweltschutz, wo die Kosten sinken). Warum sind insbesondere die Kosten für VISS höher als in der IT Be-Pla-Übersicht für die Sachmittel im Betrieb angegeben?

Thomas Birk (GRÜNE) bittet um Beantwortung der Fragen.

Heinz Bott (SenStadtUm) erklärt, dass es sich bei AAA um die Großverfahren ALKIS, ATKIS und AFIS handle, wozu es die Projektentwicklung und zum Teil Verfahrenseinführungen im ITDZ gebe. Damit würden die Altverfahren aus dem Liegenschaftswesen, ALK und ALB, abgelöst.

Petra Horn (SenStadtUm) antwortet, dass die Zahlen im Haushaltsplan für 2102 und 2013 dem Gesamtbetrag für alle IT-Verfahren im Liegenschaftswesen entsprächen. Dies seien das AAA-Verfahren sowie der Gutachterausschuss GAA-Online, die automatisierte Kaufpreissammlung AKS, das internetgestützte Bodenrichtwertsystem BORIS usw. All diese Verfahren seien in der IT Be-Pla enthalten. Die einzelnen Summen ergäben den Gesamtbedarf, der im Haushalt zu sehen sei.

Thomas Birk (GRÜNE) sagt, er könne dies anhand der Zahlen auf Seite 129 der IT Be-Pla nicht nachvollziehen. Warum seien 600 000 bzw. 660 000 Euro für 2012 bzw. 2013 angegeben? Er bitte, dies ggf. schriftlich darzulegen.

Heinz Bott (SenStadtUm) legt dar, dass das Verfahren EBG in den letzten Jahren erfolgreich eingeführt worden sei. Es werde u. a. mit Mitteln aus Servicestadt Berlin zu einem umfassenden Online-Bearbeitungssystem ausgebaut. 2012 solle das Online-Antragsportal, eine Nachnutzung aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie, eingeführt werden. Grundsätzlich beliefen sich die Betriebskosten jährlich auf 720 000 Euro. Leider habe SenFin diesen Betrag für 2012 nicht zur Verfügung stellen können, 2013 habe man entsprechend mehr. Mit den Firmen sei zu vereinbaren, dass ein Teil der Zahlungsverpflichtungen erst 2013 zum Tragen komme.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, ob das dazu führe, dass Maßnahmen ins nächste Jahr verlegt werden müssten. Oder würden die Mittel in der Haushaltswirtschaft beschafft?

Heinz Bott (SenStadtUm) erwidert, dies hänge davon ab, wie man dies mit den Firmen regeln könne. Entweder strecke man Verfahren, oder man wickele sie im Rahmen der Haushaltswirtschaft noch in diesem Jahr ab. Dies werde von der Finanzentwicklung im nächsten Halbjahr abhängen.

Bei den internen Verfahren gebe es einen kontinuierlichen Finanzbedarf von 1,5 Mio Euro. Bei der Haushaltsaufstellung habe der benötigte Betrag nicht bereitgestellt werden können, während für 2013 mehr möglich gewesen sei. Man müsse sich bei der Abwicklung so verhalten, dass Zahlungsabwicklungen erst 2013 zum Tragen kämen. – SenStadtUm sei bemüht, im Rahmen von eGovernment-Maßnahmen die Angebote und die Funktionalität auch für die bestehenden Verfahren kontinuierlich zu verbessern und einem erweiterten Nutzerkreis zugänglich zu machen. Dies bedeute aber, dass mit den erhöhten Nutzerzahlen und weitergehenden elektronischen Vorgängen die zentralen Kosten für den Betrieb der Verfahren stiegen. Höhere Betriebskosten müssten zur Verfügung gestellt werden. Dies sei ein zunehmendes Problem bei den Großverfahren.

Thomas Birk (GRÜNE) meint, dies sei abstrakt schwer nachvollziehbar. Der Titel solle zurückgestellt werden.

Heinz Bott (SenStadtUm) erklärt zu VISS: Die Daten für die IT Be-Pla seien zum 31. März erfasst worden, sodass Änderungen in der Projektplanung nicht einfließen könnten. Das Projekt VISS bestehe aus zahlreichen Komponenten, die auch den Straßenverkehrsbehörden der Bezirke zur Verfügung gestellt würden. So sei u. a. das Verfahren zur Baustellenkoordination mit Bescheidbearbeitung für Ereignisse im Straßenland in allen Bezirken schneller eingeführt worden als geplant. Es solle weiter ausgebaut werden. Dafür seien umfangreiche externe Dienstleistungen erforderlich, die jetzt mit eingeplant worden seien. Außerdem sei die Erhöhung der Mittel möglich gewesen, weil im Rahmen des Regierungsprogramms geplant sei, das Straßenausbaubeitragsgesetz abzuschaffen. Daher könnten die Kosten für die Bearbeitungssoftware 2013 dementsprechend reduziert werden. Es könne ein zentrales Verfahren bereitgestellt werden, das gut vorankomme und genutzt werde.

Thomas Birk (GRÜNE) sagt, es gebe Kritik an der Qualität des Verkehrsinformationssystems. Die Vorteile des vorhandenen Systems seien noch nicht allen klar. Unterlagen zu geplanten neuen Komponenten sollten zur Verfügung gestellt werden. Welchen Umfang hätten diese?

Petra Horn (SenStadtUm) erläutert, dass es sich bei den Ausgaben für VISS um Projektunterstützungsleistungen handele. Die benötigten 80 000 bzw. 120 000 Euro entsprächen in etwa dem, was man in den letzten beiden Jahren ausgegeben habe. Die Planungsunterlage umfasse ca. 8 Seiten.

Thomas Birk (GRÜNE) wünscht, dass diese vorgelegt werde. Zur ersten und zur vierten Frage solle schriftlich berichtet werden.

Titel 813 60 – Investitionen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 2 (Grüne) [S. 22]

Wieso liegen die Investitionskosten für das AAA-Verfahren 2013 100 000 € über dem geplanten Betrag aus der Be-Pla-Übersicht?

Petra Horn (SenStadtUm) erläutert, dass 2013 das zentrale Rissarchiv und die Einführung eines automatisierten Geschäftsbuchs vorgesehen seien. Dafür würden jeweils 50 000 Euro angemeldet.

Thomas Birk (GRÜNE) bittet, dies schriftlich nachzuliefern, damit er die Zahlen abgleichen könne.

Kapitel 1271 – Verkehrslenkung Berlin

Titel 525 36 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 3 (Grüne) [S. 22]

Warum liegt der Ansatz bei 10 000 €, wenn 2010 nur 833 € und 2011 nur 5 748 € verausgabt wurden?

Thomas Birk (GRÜNE) wünscht angesichts des geringen Bedarfs in den Vorjahren eine Erläuterung.

Heinz Bott (SenStadtUm) legt dar, dass Schulungsmaßnahmen mit der Einführung und Aktualisierung von Fachverfahren zusammenhängen. 2011 seien in der Verkehrsregelungszentrale für das Fachverfahren Concert Schulungen durchgeführt worden. Die ursprünglich geplanten Schulungen für die Landesmeldestelle und für den Verkehrswarndienst hätten zurückgestellt werden müssen und seien 2012 durchzuführen. Die entsprechende Software werde erst in diesem Jahr fertig.

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 4 (Grüne) [S. 22]

Warum sind im Ansatz 100.000 €, wenn 2010 nur 58 105 € und in 2011 nur 17 769 € verausgabt wurden?

Heinz Bott (SenStadtUm) erläutert, dass es auch hier um Maßnahmen der Verkehrsregelungszentrale gehe. Die Ausgabe 2011 beziehe sich auf vertragliche Verpflichtungen für Pflegeverträge u. Ä. In den Jahren davor sei die eingesetzte Software nicht immer aktualisiert worden, jetzt sei dies dringend notwendig. Externe Dienstleistungen würden für ein Sicherheitskonzept und die IT-Unterstützung gebraucht. Den Rest benötige man für die Anpassung von Verfahren. U. a. würden die neuen Schnittstellen zum Detailnetz aus dem Verfahren VISS integriert.

Thomas Birk (GRÜNE) erbittet einen schriftlichen Bericht dazu. Der Titel könnte zu einer Sparbüchse für andere Ausgaben werden.

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Technologie und Forschung –

Frage 1 (Grüne) [S. 23]

Wo sind die Kosten für die Open-Data-Datenbank etatisiert?

Ralf Jürgens (SenWiTechForsch) bemerkt, dass man erst 2011 mit Open Data richtig angefangen habe. Man sei in Servicestadt gelandet, habe sich dort die Zusagen abgeholt, dort arbeiten zu können, und den Berlin Open Data Day durchgeführt. Daraufhin seien weitere Expertisen eingeholt worden. Auf einer Pressekonferenz am 16. Februar habe StS Zimmer das weitere Verfahren skizziert. – Die Zahlen seien noch nirgendwo konkret etatisiert. SenWiTechForsch habe eine Initiativfunktion wahrgenommen. Der Senat müsse sich über das Weitere verständigen. – Im Open-Data-Konzept werde keine Datenbank erstellt, sondern es werde ein Register organisiert, auf das von den Fachverwaltungen Links gelegt würden. Auch ein Register müsse gepflegt werden. Beim zweiten Berlin Open Data Day werde man mehr sagen können.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, aus welchem Titel die Kosten jetzt bezahlt würden. Die Harmonisierung der Datenbestände verursache möglicherweise Kosten. Würden diese dezentral veranschlagt? Gebe es ein Konzept, das bis zum Ende der Haushaltsberatungen bezifferbar sei?

Ralf Jürgens (SenWiTechForsch) verneint dies.

Sven Kohlmeier (SPD) möchte wissen, wo die Kosten der anderen Beteiligten im Haushalt zu finden seien.

Ralf Jürgens (SenWiTechForsch) erwidert, dass man zunächst im Rahmen der Fachpolitik entwickelt habe. Im Rahmen des Servicestadtprojekts habe man möglicherweise eine Anschubfinanzierung bekommen.

Manfred Pasutti (SenInnSport) berichtet, dass der Staatssekretärsausschuss zur Verwaltungsmodernisierung darüber beraten und beschlossen habe. 2011 seien für „Von der öffentlichen zur offenen Verwaltung – Open Data Konzept“ – 198 000 Euro zur Verfügung gestellt worden. Darin seien die konzeptionellen Arbeiten in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer FOKUS Institut sowie Lizenzgebühren enthalten.

Thomas Birk (GRÜNE) bittet, dies im Bericht zu Servicestadt Berlin aufzuführen.

Sven Kohlmeier (SPD) fragt nach, ob die Kosten für das Open-Data-Projekt bisher nirgendwo etatisiert seien.

Manfred Pasutti (SenInnSport) führt aus, dass auch 2012 aufgrund rechtlicher Verpflichtungen aus den angeführten Mitteln Zahlungen hätten erfolgen können. Es gebe Überlegungen zwischen Senatskanzlei, Wirtschaftsverwaltung und Innenverwaltung, wie man es mache. Derzeit könne man noch nichts Konkretes sagen.

Vorsitzender Alexander Morlang (PIRATEN) bittet zu erklären, was der Unterschied zwischen einem Register und einer Datenbank sei. Denn es sei doch wohl kein Hängeregister gemeint.

Sven Kohlmeier (SPD) erwidert, dass die Belehrung der Verwaltung nicht in die Sitzung gehöre.

Stefan Gelbhaar (GRÜNE) fragt, ob er richtig verstanden habe, dass für einen in Aussicht gestellten Ausbau von Open Data kein Geld vorhanden sei. Der Fraunhofer-Studie sei nur andeutungsweise zu entnehmen gewesen, ob es ein zentrales Archiv gebe oder eine Registervariante. Auch eine Harmonisierung dezentraler Angebote verursache enorme Kosten.

Ralf Jürgens (SenWiTechForsch) bemerkt, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht damit gerechnet worden sei. Die Abstimmung sei noch nicht so weit, dass man sagen könnte, in welchem Ressort die Etatisierung erfolge und in welcher Höhe welche Kosten anfielen.

Simon Weiß (PIRATEN) meint, es sei klar, dass einige Handlungsempfehlungen Geld kosten. Inwieweit seien Entscheidungen zur Umsetzung getroffen worden?

Thomas Birk (GRÜNE) sagt, er freue sich darüber, dass der Prozess angeschoben worden sei. Im Abschlussbericht zum Modernisierungsprogramm Servicestadt Berlin, Stand März 2011, sei das Projekt auch als geplantes nicht zu finden. Die Finanzierung in diesem Jahr sei aus haushaltsrechtlichen Gründen fragwürdig. Derzeit wisse niemand, wie es weitergehen solle. Bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen sollten Zahlen vorgelegt werden, denn es sei Geld geflossen.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) verdeutlicht, dass SenInnSport die Haltung von SenWiTechForsch voll mittrage. Alle zum Unterhalt der Verwaltung notwendigen Ausgaben könnten geleistet werden. Das Portal habe es vor Beginn der Haushaltsbeschränkungen gegeben. Notwendige Mittel für das laufende Jahr seien im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgebracht worden. Dies könne SenWiTechForsch im Zweifelsfall auch schriftlich darstellen.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 540 60 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Frage 2 (Grüne) [S. 23]

Wird bei der Erneuerung der Server-Infrastruktur die Server-Strategie des Landes Berlin berücksichtigt?

Ralf Jürgens (SenWiTechForsch) betont, dass man permanent bestrebt sei, die IT konsolidiert aufzustellen und überall Kosten zu sparen. Den Serveraustausch habe man, aus Praktikabilitäts- und Ersparnisgründen und weil es gut laufe, um zwei bis drei Jahre zurückgestellt. Wenn man 2013 anfangs, sich mit der Serverkonsolidierung im Jahr 2014 konzeptionell zu beschäftigen, werde man eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung voranstellen. Diese werde die

Senatsbeschlüsse berücksichtigen, wonach es ein Gutachten des Rechnungshofs gebe, das verschiedene Modelle vorschläge. Eine landesweite AG entwickle Kennzahlen und Indikatoren, um festzustellen, welche Services landesweit zentralisierbar und kostengünstiger zu entwickeln seien. Ein weiterer Aspekt sei der der Shared Services.

Thomas Birk (GRÜNE) sagt, er sei mit der Antwort zufrieden.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) weist auf die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters, S. 23, Zeile 1260, hin. Er sei sicher, dass alle Mitarbeiter von SenWiTechForsch diese umsetzen.

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 3 (Grüne) [S. 23]

Sind die hohen Betriebskosten für den Einheitlichen Ansprechpartner zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie angesichts der geringen Nutzerzahlen (um die 100 im Jahr) senkbar, bzw. was der gedenkt der Senat zu unternehmen, um die Nutzung zu erhöhen?

Thomas Birk (GRÜNE) beklagt, dass die Technik vorliege, aber nicht genutzt werde. Vielen Unternehmen sei der Einheitliche Ansprechpartner unbekannt. Bei der Wirtschaftsförderung sei offensichtlich noch nicht erkannt worden, dass es um Arbeitsentlastung gehen solle.

Ralf Jürgens (SenWiTechForsch) antwortet, man habe mit dem ITDZ vertraglich vereinbart, dass die Betriebskosten 2012 noch einmal neu verhandelt würden. Angesichts der geringen Nutzerzahlen lasse sich die Zahl der Server reduzieren; die Zahl der finanzierten Stellen werde geprüft. Auch bei den Kosten für den Betrieb der Sicherheitsinfrastruktur gebe es Einsparpotenziale. – Die Nutzung des EA sei eher schlecht. Ähnliche Berichte erhalte man auch aus anderen Bundesländern. Zur Jahresmitte wolle man Stufe 2 freischalten – mit elektronischer Signatur und e-Pay. Was den Bearbeitungsprozess in der Verwaltung beschleunige, sei, dass man ohne Medienbrüche arbeite. Parallel dazu werde die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Dabei wolle man die Kammern und die Bezirksämter mit einbinden. Die bestehenden Verlinkungen würden prägnanter gestaltet.

Thomas Birk (GRÜNE) unterstreicht die Dramatik: Man habe 2011 2,95 Mio. Euro nur für die Technik ausgegeben – für 65 Nutzer im Jahr. Dabei habe man mindestens 2000 erwartet, was auch noch zu wenig wäre. Da müsse man noch mal groß ran. Es müsse irgendwie mehr passieren.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass der Titel angehalten werde. Die Kosten könnten mit Sicherheit gesenkt werden.

Einzelplan 20 – Rechnungshof –

Frage 1 (Grüne) [S. 26]

Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT 2012 77 500 € und in 2013 rd. 92 500 € über dem Veranschlagungswert?

Dr. Sabine Glombik (Rechnungshof) berichtet, dass der Rechnungshof seit Jahren ein DMS-System benutzt habe; es sei veraltet und werde nicht mehr gewartet. Ein neues DMS-System müsse erworben werden. Man habe sich entschieden, den DMS-Dienst des ITDZ zu nutzen. Daraus ergäben sich die Ansätze. Diese resultierten aus dem Standardvertrag, der den Zahlen zugrunde liege.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, warum die Preise des ITDZ so hoch seien. Sie lägen weit über dem Veranschlagungswert.

Dr. Sabine Glombik (Rechnungshof) bestätigt, dass es sich um die laufenden Kosten für die Nutzung des DMS-Dienstes pro Jahr handele.

Konrad Kandziora (ITDZ) bemerkt, dass basierend auf den entstehenden Kosten ein Angebot gemacht worden sei. Dieses sei abhängig davon, wie viele Lizenzen mit dem DMS-System verkauft würden. Bei höheren Nutzerzahlen sei eine Anpassung möglich. Derzeit bilde sich eine direkte Kostensituation ab, ohne dass Gewinne übrigblieben.

Thomas Birk (GRÜNE) vermutet, dass der Fehler im System liege. Es sei für die Nutzer von großem Nachteil, wenn sie den hohen Preis zahlen müssten. Wie stark könnte die Nutzerzahl ansteigen und könnten die immensen Preise heruntergehen?

Konrad Kandziora (ITDZ) sagt, man nutze VIS kompakt aus Thüringen. Die Zahl der Lizenzen sei in einer Ausschreibung definiert gewesen. Basierend auf diesen Zahlen sei das Angebot preislich gestaltet worden. Man habe dies eingefroren, weil SenInnSport sich ggf. mit einem anderen Produkt positionieren wolle. Es könnte allerdings auch VIS kompakt sein.

Thomas Birk (GRÜNE) führt aus, dass man immer Probleme damit gehabt habe, wenn das ITDZ in Vorleistung gegangen sei, ohne dass die Senatsverwaltung eine Vorgabe gemacht habe. So sei ein Programm eingekauft worden, das möglicherweise nicht weiterverfolgt werde. Wenn etwas Neues komme, müsse der Rechnungshof sich vielleicht wieder umstellen. Besser wäre es, wenn die Steuerung zuerst käme und dann das ITDZ sein Angebot mache oder sein Produkt entwickle oder einkaufe.

Manfred Pasutti (SenInnSport) betont, dass das ITDZ völlig korrekt und wirtschaftlich 2006 SIDOK – Senatsinformations- und Dokumentationssystem – begleitet habe. Das wirtschaftlichste Angebot sei von PDV mit VIS kompakt gekommen. Das Produkt werde gut eingesetzt, z. B. bei BOWI – Ordnungswidrigkeitenverfahren – bei der Polizei. Die Zahl der Lizenzen sei gedeckelt. Daher müsse jetzt ausgeschrieben werden.

Thomas Birk (GRÜNE) wünscht, dass der Titel zurückgestellt bleibt.

Titel 526 13 – Gutachten für die verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Frage 2 (Grüne) [S. 26]

Was sollen das für Gutachten für jährlich 90 000 € sein?

Dr. Sabine Glombik (Rechnungshof) erläutert, es handele sich um Gutachten, die das für IT-Prüfungen zuständige Prüfungsgebiet erstelle. Die wenigen IT-Kräfte des Rechnungshofs hätten die gesamte IT-Landschaft des Landes zu prüfen. Dies sei ohne Unterstützung nicht möglich. Dafür seien diese Gutachten vorgesehen.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, ob die Höhe der Summe gerechtfertigt sei.

Dr. Sabine Glombik (Rechnungshof) berichtet, dass 2011 der Titel nicht verwendet worden sei. Dies ergebe sich jeweils aus der Arbeitsplanung. Für 2012 seien IT-Sicherheitsprüfungen angesetzt. Die Gutachten müssten langwierig vorbereitet und ausgeschrieben werden.

Thomas Birk (GRÜNE) verzichtet auf die Zurückstellung des Titels.

Titel 540 60 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Frage 3 (Grüne) [S. 26]

Was für ein DMS ist nun ausgewählt worden, woraus setzen sich die Kosten von jährlich 125 000 € zusammen?

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, dass die Nachfrage sich erübrige; der Titel sei angehalten.

Einzelplan 03 – Regierende/r Bürgermeister/in – S. 9/27

Frage 1 (Grüne) [S. 9]

Was unternimmt die Senatskanzlei/Kulturverwaltung, um ihre hohen Kosten für die verfahrensunabhängige IT zu senken? Warum liegen die Kosten für die verfahrensunabhängige IT für 2012 100 000 Euro über dem Veranschlagungswert? Wo befindet sich ein Ansatz für das W-LAN-Projekt des Landes Berlin?

Thomas Birk (GRÜNE) bemerkt, dass schon das Produkt preislich der einsame Spitzenreiter sei. Was werde getan, um dies zu ändern?

Sven Kohlmeier (SPD) fragt, ob es damit zusammenhängen könne, dass ein Ansatz für das W-LAN-Projekt nicht gefunden werde und auch nicht gefunden werden könne, weil für das Land keine Kosten entstehen sollten.

Jürgen Gärtner (Senatskanzlei) stellt zu W-LAN fest, dass die Senatskanzlei nur koordinierende Tätigkeiten in der Fachabteilung vornehmen werde. Alles andere erfolge in der Detailbesprechung zwischen den Verwaltungen und sei noch nicht geklärt.

Stefan Gelbhaar (GRÜNE) möchte wissen, ob also Kostenneutralität zu erwarten sei; oder würden Kosten durch Einnahmen gedeckt? Oder komme das Projekt nicht?

Jürgen Gärtner (Senatskanzlei) antwortet, dass die Senatskanzlei durch ihre Fachabteilung 3 die politische Koordination übernehmen werde. Dafür seien keine Mittel etatisiert.

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, in den Bezirken würde dies als Produkt trotzdem Kosten verursachen. Kostenneutral heiße nicht kostenlos, es werde also irgendwo einen Titel geben müssen.

Stefan Gelbhaar (GRÜNE) fragt, bis wann die Information vorliegen werde.

Jürgen Gärtner (Senatskanzlei) erwidert, dies entziehe sich seiner Kenntnis als Haushälter. – Die Produktkosten könnten nicht gesenkt werden. Die Ressortdarstellung impliziere, dass das Stammhaus, der Kulturbereich und das Landesarchiv betroffen seien. Mit dieser Struktur der IT seien höhere Kosten verbunden, die entsprechend dargestellt würden.

Michael von Holtum (Senatskanzlei) sagt, er sei für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur im Berliner Rathaus zuständig. Die Überschreitung des Veranschlagungswerts 2012 beruhe auf einem Modernisierungsprojekt. 2013 profitiere man davon, dann werde der Veranschlagungswert eingehalten.

Thomas Birk (GRÜNE) wünscht, dass die entsprechenden Titel zurückgestellt werden.

Titel 812 89 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Frage 3 (Grüne) [S. 9]

Was heißt Modernisierung des IT-Systems der Senatskanzlei für 156 000 Euro? Wird diese Modernisierung unter Fremdleistung oder als Eigenleistung erbracht? Wird durch diese Erneuerung eine mittelfristige Senkung der laufenden Kosten erzielt?

Michael von Holtum (Senatskanzlei) antwortet, sämtliche 300 IT-Endgeräte in Berlin und Brüssel sollten auf Windows 7 und Office 2010 umgestellt werden. Von den Projektkosten entfielen ca. zwei Drittel auf die Softwarelizenzen, die über die Rahmenverträge des Landes beschafft würden; ein Drittel entfalle auf die Dienstleistungen, die nicht mit eigenem Personal umgesetzt werden könnten. Dies betreffe die Erneuerung des Sicherheitskonzepts, die Sicherheitsevaluation und die Schulung von 250 Anwendern sowie zwei Systembetreuern.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, wie Office 2010 sich mit der landesweiten IT-Strategie verträge.

Michael von Holtum (Senatskanzlei) sagt, die landesweite IT-Strategie sehe vor, dass die Verwaltungen sich an bestimmte Standards hielten. Es sollten Produkte genommen werden, die möglichst kompatibel zu vielen Standards seien, die landesweit beschlossen worden seien.

Mit den alten Officeversionen habe man Probleme, weil diese nicht mehr mit allem zurechtkämen. Daher wolle man die neuen Versionen einsetzen.

Thomas Birk (GRÜNE) beklagt, dass die IT-Strategie des Landes noch keine richtige sei. Später habe man doch wieder ein Schnittstellenproblem. Hier habe man eine Open-Source-Strategie verfolgt. Durch Erneuerung setzten sich jetzt andere Standards fest. Dies setze sich immer fort, und man komme nie zu offenen Standards.

Alexander Morlang (PIRATEN) fragt, ob geprüft worden sei, ob die Defizite bei der Konvertierbarkeit von Dokumenten durch den Einsatz von Open-Source-Produkten gelöst werden könnten, ohne dafür extra Geld auszugeben. Der Verwendung von Office 2010 müsse der Personalrat zustimmen. Sei diese Zustimmung erfolgt?

Michael von Holtum (Senatskanzlei) antwortet, dass die Personalratszustimmung im Lauf des Projekts eingeholt werde. Sie werde davon abhängig sein, wie der jeweilige Client gestaltet sei und von den Beschäftigten akzeptiert werde. Auch gehe es um Protokollierungsfunktionen und Schulungen. – Der Einsatz von Open-Source-Produkten sei geprüft worden. Man leide darunter, dass man Verfahren des Landes anwenden müsse, die als Betriebssystem leider Windows voraussetzten. Aus wirtschaftlicher Sicht sei man derzeit noch an Microsoft gebunden. Es sei gerechtfertigt, dass man nach sechs Jahren sein IT-System erneuere.

Alexander Morlang (PIRATEN) bemerkt, dass er nicht von einer Komplettumstellung auf Linux gesprochen habe, sondern vom gemischten Einsatz von Close-Source- und Open-Source-Software auf demselben System. Sei dies erwogen worden?

Michael von Holtum (Senatskanzlei) bejaht dies. Man habe es verworfen, weil man ein einheitliches System haben müsse. Etwas anderes rechne sich nicht für die Senatskanzlei.

Thomas Birk (GRÜNE) erwidert, da es sich um kommunizierende Röhren handele, könnten die Fachverfahren dann auch nicht Open Source sein. Anstatt das gesamte Personal zu schulen, sollten vielleicht die IT-Leute geschult werden, um sich Alternativen auszudenken, um einer Strategie, die das Haus einmal bevorzugt habe, näher zu kommen. 2005 sei man schon einmal mit einem Auflagenbeschluss weiter gewesen. Dazu wünsche er einen schriftlichen Bericht.

Alexander Morlang (PIRATEN) bemerkt, im Hauptausschuss sei erklärt worden, dass beim einheitlichen IT-Arbeitsplatz selbstverständlich Open Office mitgeliefert werde, die Benutzung sei optional. Open Office sei konvertierungsfähig, dies werde beim einheitlichen Arbeitsplatz mitgeliefert. Die Antwort befinde sich im klaren Widerspruch zu den Aussagen der Techniker.

Michael von Holtum (Senatskanzlei) antwortet, die mangelnde Kompatibilität beziehe sich auf die Lauffähigkeit der IT-Fachverfahren im Land Berlin. Ihm wäre es auch lieb, wenn die Fachverfahren so programmiert würden, dass sie sich an die Berliner IT-Standards hielten; diese seien nämlich produktneutral formuliert. Aber dies gelinge nicht immer. Man sei daher gezwungen, bestimmte Systeme einzusetzen. Diese verlangten ein installiertes Office, weil die Makros mit anderen Softwaresystemen nicht funktionierten. Ihm – Redner – gefalle dies auch nicht. Die Standards seien in Kraft, würden aber leider nicht von allen gelebt.

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 2 (Grüne) [S. 9]

Wie erklären sich die höchst unterschiedlichen Ausgaben für Dienstleistungen für das SIDOK-Fachverfahren beim Ist 2010 und den Ansätzen 2011/12/13? Wie war der Ist-Stand 2011?

Stephan König (Senatskanzlei) sagt, er sei für SIDOK in der Senatskanzlei verantwortlich. SIDOK sei 2006 europaweit ausgeschrieben worden. 2008 habe die Senatskanzlei den laufenden Betrieb übernommen. Erst mit Beginn dieser Wahlperiode habe man die vorgesehene Ausbaustufe mit 450 Nutzern erreicht. Daraus ergäben sich auch die Schwankungen der Ist-Zahlen. 2010 bis 2011 habe Ist-Ausgaben in Höhe von 216 000 Euro. Die Software sei jeweils aktuell zu halten. 2006 habe die Senatskanzlei als Erste den Basisdienst des ITDZ genutzt – mit den bekannten Problemen bei den Betriebspreisen. Jetzt müsse man einen Pflegevertrag aushandeln. Das ITDZ biete eine höhere Softwareversion des Basisdienstes an. Da Verfahren auf einen höheren Status gehoben werden müssten, ergäben sich Anpassungskosten. Man müsse mindestens eine Tageschulung durchführen, um die Änderung transparent zu machen und die Akzeptanz zu erhöhen.

Thomas Birk (GRÜNE) bittet um einen ausführlichen schriftlichen Bericht. Eine Verdopplung von 2011 nach 2012 habe sich aus der Erklärung nicht schlüssig ergeben.

Titel 813 89 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 4 (Grüne) [S. 9]

Woraus ergibt sich die Notwendigkeit der Weiterentwicklung des eGo-Küf-Verfahrens alle 2 Jahre?

Annegret Leymann (Senatskanzlei) stellt klar, dass eine solche Notwendigkeit nicht bestehe. Die Erläuterung sei fehlerhaft. 2013 solle das Verfahren evaluiert und die elektronische Archivierung angebunden werden. 2015 solle das eGo-Küf-Verfahren an die E-Akte angebunden werden.

Thomas Birk (GRÜNE) sagt, der Titel werde nicht angehalten.

[Unterbrechung der Sitzung von 20.22 bis 20.38 Uhr]

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Wissenschaft –

Frage 1 (Grüne) [S. 20]

Wie ist der Stand zu egovernment@school (in Kenntnis der roten Nummer 0003 B), gibt es Hemmnisse in der weiteren Umsetzung, wenn ja welche? Wer übernimmt die Betriebskosten für die Schulen in welcher Gesamthöhe?

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 3 (SPD, CDU) [S. 20]

Verfahren eGovernment: Welche Maßnahmen umfasst der Punkt eGovernment und wie ist er hinterlegt? Welche Ersparnisse/Synergien werden erwartet?

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass TOP 2 g) und h) mit aufgerufen sei.

Peter Rademacher (SenBildJugWiss) führt aus, dass bereits ein Fragenkatalog der SPD-Fraktion zur roten Nr. 0003 C vorliege; dazu sei ein Bericht zur ersten Lesung im Hauptausschuss vorzulegen. Dieser werde unter Berücksichtigung der aufgeworfenen Fragen hier auch vorgelegt.

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, er sei damit einverstanden.

Frage 2 (SPD, CDU) [S. 20]

Verfahren ISBJ: Wie hoch waren die Entwicklungskosten und mit welchen Ansätzen ist in den Folgejahren zu rechnen?

Burkard Dregger (CDU) möchte wissen, ob und zu welchen Kosten bestehende Softwareprobleme gelöst werden könnten.

Peter Rademacher (SenBildJugWiss) bemerkt, dass es einen Berichtsauftrag des Hauptausschusses mit 16 zusätzlichen Fragen gebe. Dieser könne unter Berücksichtigung der hier aufgeworfenen Fragen hier auch vorgelegt werden. – So akzeptiert.

Frage 4 (Grüne) [S. 20]

Bitte um die Planungsunterlagen des Projektes Re-Engineering LiV.

Thomas Birk (GRÜNE) erwartet einen schriftlichen Bericht.

Frage 5 (Linke) [S. 20]

Was verbirgt sich hinter dem Projekt Re-Engineering LIV (neu 2012 332 000 und 2013 380 000 €)? Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgt das Lehrerinformationsverfahren (LIV)?

Titel 813 89 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 6 (Grüne) [S. 20]

Mit welchen dauerhaften SAP-Lizenzgebühren ist zu rechnen? Ist mit einer Kostenexplosion ohne Aufwuchs der Quantität und/oder Qualität der Leistungen zu rechnen ähnlich wie bei SAP-Wartungsverträgen für IPV in 0587/54085?

Peter Rademacher (SenBildJugWiss) bietet an, dass die Fragen 4, 5 und 6 schriftlich im Zusammenhang mit einer Planungsunterlage beantwortet würden. – So beschlossen.

Kapitel 1091 – Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Frage 7 (Grüne) [S. 20]

Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT (auch eingedenk der Kosten für ein IT-Sicherheitskonzept) 2012 rd. 483 000 € und in 2013 rd. 525 000 € über dem Veranschlagungswert?

Peter Rademacher (SenBildJugWiss) macht darauf aufmerksam, dass zwei Standorte bedient würden. Bonn mit zwei Dritteln der 250 Mitarbeiter habe etwas andere Bedingungen. Daher habe man zusätzliche Aufwendungen für Telefonie und Hardwarebereitstellung. Man handle nicht selbst, sondern überbringe nur Botschaften.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, ob die Senatsverwaltung auch keinen Einfluss auf den Standort in Berlin habe. Wie hoch sei der Anteil des Berliner Standorts?

Peter Rademacher (SenBildJugWiss) berichtet, dass man den Kollegen in Bonn eine Kooperation angeboten habe. Unter dem Aspekt der technischen Unterstützung werde sie in Anspruch genommen. Über den Berliner Anteil werde er eine Information nachreichen.

Thomas Birk (GRÜNE) wünscht außerdem Aufschluss darüber, inwiefern die Kosten beeinflussbar seien.

Der **Ausschuss** stellt die Titel zur verfahrensunabhängigen IT in Kapitel 1091 zurück.

Titel 812 62 – Bürokommunikation II –

Frage 8 (Grüne) [S. 20]

Wie erklären sich die hohen Kosten von 300 000 € für die Umsetzung eines IT-Sicherheitskonzeptes?

Thomas Birk (GRÜNE) nimmt an, dass es sich um eine nicht beeinflussbare Größe handle.

Peter Rademacher (SenBildJugWiss) bejaht dies.

Vorsitzender Alexander Morlang erklärt den Titel für erledigt und TOP 2 g) und h) für ver-
tagt.

Einzelplan 15 – Finanzen –

Frage 1 (Grüne) [S. 24]

Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT 2012 rd. 85 000 € und
in 2013 rd. 57 000 € über dem Veranschlagungswert?

Theodor Plock (SenFin) erklärt, diese Besonderheit ergebe sich daraus: Wenn man die ge-
samte SenFin nehme, habe man mit den 750 Euro kein Problem, man liege bei 124 Euro.
Auch im Verhältnis zu den Bezirken sei dies ordentlich. Bei den vielen Abteilungen entstehe
schon einmal an der einen oder anderen Stelle eine kleine Unwägbarkeit.

Thomas Birk (GRÜNE) sagt, er wolle die verfahrensunabhängigen Titel anhalten. Er wün-
sche einen Überblick über die Einzelpläne. Dann könne man anhand der Liste prüfen.

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 2 (Grüne) [S. 24]

Warum liegen die Ausgaben DMS/VBS 49 500 € jährlich über der Planung in der
IT-Be-Pla-Übersicht?

Theodor Plock (SenFin) antwortet, hier sei ein Fehler unterlaufen. Richtig seien 316 000
Euro; die 266 000 in der IT-Be-Pla seien falsch.

Der **Ausschuss** erklärt die Frage für erledigt.

Frage 3 (Grüne) [S. 24]

Warum ist das Projekt „Bestandsverzeichnis“ nicht in der IT-Be-Pla-Übersicht? Bitte
um Planungsunterlagen.

Theodor Plock (SenFin) teilt mit, dass das Bestandsverzeichnis unter 0408 enthalten sei. Ziel
des Bestandsverzeichnisses sei es, die immobilienbewirtschaftenden Einrichtungen der Berli-
ner Verwaltung einschließlich der Bezirke in die Lage zu versetzen, auf der Basis einheitlich
erhobener Flächendaten qualifizierte Entscheidungen über die Nutzung bzw. Verwertung des
Berliner Immobilienbesitzes zu treffen. Das Bestandsverzeichnis sei über einen Zeitraum von
drei Jahren erstellt worden und befinde sich in Betrieb.

Frage 4 (Linke) [S. 24]

Bitte das Projekt Beteiligungsmanagementsystem und Bestandsverzeichnis erläutern!
Warum ist es nicht in der IT-Bestands- und Planungsübersicht 2011 enthalten?

Theodor Plock (SenFin) stellt klar, dass das Beteiligungscontrolling unter V 0054 – IT-Verfahren in der IT-Be-Pla – enthalten sei. Das Beteiligungsmanagementsystem bestehe aus zwei Elementen: Beteiligungscontrolling zur Erstellung von Berichten sowie einer webbasierten Datenbank zur Verwaltung der Stammdaten der Beteiligungsunternehmen des Landes. Beide seien in der IT-Be-Pla enthalten.

Thomas Birk (GRÜNE) nimmt an, dass es einen Übermittlungsfehler gebe. In der roten Nummer 2141 C seien Grüne und Linke nicht fündig geworden.

Udo Rienaß (SenInnSport) sagt, die Liste heiße IT-Bestands- und Planungsübersicht. Das nachgefragte Verfahren sei ein laufendes und deshalb aktuell nicht enthalten.

Uwe Doering (LINKE) wünscht eine Erläuterung, wo er es finden könne.

Thomas Birk (GRÜNE) bemerkt, dass die IT-Bestands- und Planungsübersicht jährlich fortgeschrieben werde. Er habe mehrere Versionen davon. Alles, was laufe, tauche dort auf. Insofern müsse man das Projekt in den alten roten Nummern suchen.

Frage 5 (Grüne) [S. 24]

1) Warum ist das Projekt oder sind die Projekte für den Aufbau zentraler Informationssysteme (Datenbanken) nicht in der IT-Be-Pla-Übersicht aufgeführt? 2) Inwieweit liegt zu den Komponenten zu IPV ein mit SenInn abgestimmtes Konzept vor? 3) Werden die Dienstleistungsverträge mit dem ITDZ regelmäßig auf ihre Kostenplausibilität überprüft (z. B. für Serverleistungen)? 4) Wie hoch waren die Ausgaben für Dienstleistungen zur Untersuchung neuer Softwarelösungen für das Rechnungswesen in 2010 und 2011, und was wird da genau mit wessen Unterstützung untersucht?

Theodor Plock (SenFin) antwortet zu 1, es handele sich um konkrete IT-Verfahren, die nicht in der Liste seien. – Zu 2: Die Stellenplanung sei fertig. Nun solle eine Schnittstelle Stellenplanung/Stellenwirtschaft hergestellt werden, um die notwendigen Arbeitsabläufe zu unterstützen. Die Projektleitung liege bei SenInnSport. – Zu 3: 2012 gebe es ein Review des ITDZ-Dienstleistungsvertrags zu NBR – Neues Berliner Rechnungswesen –. Dabei würden Anpassungen hinsichtlich der Kosten vorgenommen. Die Betriebsparameter wie Arbeitsspeicher, Festplattenplatz, CPU-Leistungen würden quartalsweise mit dem ITDZ ausgewertet und seien stabil. Diese Stabilität werde u. a. durch konstante Nutzerzahl und jährliche Archivierung erreicht. – Zu 4: Die Mittel würden regelmäßig eingestellt, um auf neue Anforderungen des Senats hinsichtlich der HKR-Software des Landes, aber auch, um auf die Politik des Herstellers der HKR-Software PROFiskal reagieren zu können. 2010 und 2011 seien keine Mittel geflossen. Es seien aber Mittel einzustellen, weil sonst ggf. eine Aktualisierung in einem gegebenen Jahr nicht möglich wäre.

Thomas Birk (GRÜNE) wünscht eine Zurückstellung des Titels, damit er prüfen könne.

Kapitel 1522 – Zentrale Steuerung des Personalüberhangs

Frage 6 (Grüne) [S. 24]

Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT 2012 rd. 57 000 € und in 2013 rd. 129 000 € über dem Veranschlagungswert?

Theodor Plock (SenFin) sagt, auch hier liege man bei Kapitel 15 bei 124 Euro. Bei der Überschreitung gehe es darum, dass ursprünglich die verfahrensunabhängige IT-Struktur habe verbessert werden sollen, um auf Windows 7 zu gehen. Damals sei die Diskussion zur Auflösung des ZeP noch nicht so weit gewesen. Da es aber noch kein Gesetz zur Auflösung des ZeP gebe, müsse man davon ausgehen, dass das ZeP weiterzubetreiben sei, aber man werde nicht mehr auf Windows 7 umsteigen.

Thomas Birk (GRÜNE) meint, daraus ergebe sich die Antwort auf seine nächste Frage. Die Titel würden angehalten.

Titel 812 89 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Frage 7 (Grüne) [S. 24]

Warum werden hier in 2013 noch mal 112 000 € in die Aktualisierung der Betriebssysteme auf Windows 7 investiert, wo das ZeP doch aufgelöst werden soll?

Erledigt.

Kapitel 1531 – Finanzämter

Frage 8 (Grüne) [S. 25]

Bitte um Kurzdarstellung des aktuellen Sachstandes zur Umsetzung von EOSS und KONSENS, zur Entwicklung der Kosten mit Ausblick auf die Folgekosten. Welche Vorteile ergeben sich für die KundInnen, welche für die MitarbeiterInnen? Sind mit der Umsetzung Personaleinsparungen möglich?

Theodor Plock (SenFin) legt dar, dass das frühere EOSS, jetzt KONSENS, die Zusammenarbeit der Länder im Bereich der steuerlichen Automationsverfahren bezeichne. Dabei handele es sich nicht um Projekte, sondern um eine auf Dauer angelegte Kooperation. Die Aufgabe bestehe in der Umwandlung der jährlichen Steuergesetze in IT, um Steuerbescheide erstellen zu können. Es handele sich angesichts der jährlich fünf bis sieben Gesetzesänderungen um eine permanente Aufgabe. Zwischen den Ländern und dem Bund sei ein Verwaltungsabkommen geschlossen worden. Die Ansätze habe man auf den Arbeitsplatz-PCs von 7000 Bediensteten. Die Server würden beim ITDZ gehostet, aber von SenFin gesteuert. Die IT werde von den fünf großen Bundesländern entwickelt, dafür bezahle Berlin. Inzwischen seien 15 Länder dem KONSENS-Verbund beigetreten. Eine andere Variante habe man nicht. Durch die wei-

testgehende Einheitlichkeit der Steuerprogramme könnten die Kosten weiterhin gesenkt werden. Man habe die Lohnsteueranmeldungen, die Umsatzsteuervoranmeldungen; inzwischen habe man 400 000 Einkommensteuererklärungen. Man arbeite mit der E-Bilanz: Seit dem 1. 1. 12 seien alle Unternehmen, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb hätten, verpflichtet, ihre Steuererklärung elektronisch abzugeben. Eine Vielzahl von Dingen sei mit einem erklecklichen Aufwand zu erledigen. – Die Umsetzung sei nötig, damit überhaupt Steuerbescheide gefertigt werden könnten. Mit den vorhandenen 6008 Stellen müsse es gelingen, die für die Berliner Bürger notwendigen Steuerbescheide zu erstellen und für das Generieren der Einnahmen zu sorgen.

Thomas Birk (GRÜNE) erklärt, Mitarbeiter der Finanzämter hätten beklagt, dass mit der Umsetzung Mehrarbeit entstanden sei. Da das aber alternativlos zu sein scheine, brauche man dies nicht zu vertiefen. Er gebe sich mit dem Bericht zufrieden.

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –

Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Verbraucherschutz –

Frage 0 (Grüne) [S. 16]

Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 11 500 € über dem Veranschlagungswert?

Dr. Christoph Mauntel (SenJustV) stellt fest, dass es sich um das der Justizverwaltung zugewachsene Kapitel handele. Die Mittel seien in den Einzelplan 06 übernommen worden. Im gesamten Einzelplan 06 gebe es fast keine Abweichung von den Veranschlagungsrichtwerten. Die Justiz liege ziemlich genau auf den Medianwerten. Unebenheiten in einzelnen Kapiteln seien auf Unebenheiten im Aufstellungsverfahren zurückzuführen.

Thomas Birk (GRÜNE) verzichtet auf das Anhalten der entsprechenden Titel.

Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft

Frage 1 (Grüne) [S. 16]

Warum liegen die Ansätze für die verfahrensunabhängige IT rd. 75 000 Euro (2012) bzw. 155 000 (2013) über dem Veranschlagungswert? Ist das ITDZ hier tatsächlich günstiger als andere Anbieter?

Dr. Christoph Mauntel (SenJustV) sagt, dies sei auf die Unebenheiten im Aufstellungsverfahren zurückzuführen. Man habe zuerst den höheren Medianwert angelegt und dann eine pauschale Minderausgabe verursachergemäß umgelegt. Die Unwucht in einzelnen Titeln werde in der Haushaltswirtschaft ausgeglichen.

Thomas Birk (GRÜNE) fragt, ob dies bis zum Abschluss der Haushaltsaufstellung noch umgearbeitet werde. Denn beim Lesen ergebe sich eine gewisse Willkür. Die einzelnen Abteilungen wollten wissen, über wie viel Geld sie verfügten.

Dr. Christoph Mauntel (SenJustV) bestätigt dies. Man habe sich dazu noch keine abschließende Meinung gebildet. Ursprünglich habe man dies im Rahmen der Haushaltswirtschaft glattziehen wollen. Das andere wäre mit personell schwer abzubildendem Mehraufwand verbunden.

Thomas Birk (GRÜNE) behält sich vor, die verfahrensabhängige IT im Interesse von Haushaltswahrheit und -klarheit anzuhalten. Man wolle, dass vorher geschehe, was in den Beratungen mühselig nachvollzogen werde.

Der **Ausschuss** hält die die verfahrensabhängige IT betreffenden Titel an.

Titel 812 60 – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft –

Frage 2 (Grüne) [S. 16]

Ist das ITDZ hier tatsächlich günstiger als andere Anbieter?

Thomas Birk (GRÜNE) wünscht Zurückstellung.

Kapitel 0615 – Kammergericht

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage 3 (Grüne) [S. 16]

Wie erklären sich die Kostensteigerungen für die Serviceverträge mit dem ITDZ für AUREG SolumStar-Server und KEJ? Wie erklären sich die Kostensteigerungen für den Betrieb von AUREG und forumSTAR? Was ist SolumSTAR für 1 Mio. € ab 2013?

Bernhard Brückmann (SenJustV) antwortet, die Kostensteigerungen beruhten darauf, dass man in diesen Verfahren auf Nachfolgeverfahren migrieren könne. AUREG sei die Automatisierung des Handelsregisters, das Fachverfahren mit elektronischer Aktenführung, die im Handelsregistergericht eingesetzt werde. Bislang werde AUREG mit drei anderen Bundesländern – Bremen, Schleswig-Holstein und Brandenburg – zusammen gepflegt und entwickelt. 2011 habe man die Möglichkeit gehabt, in den RegisSTAR-Verbund zu kommen, in dem die zwölf anderen Bundesländer seien. Nach einem Wechsel könnte ein bundesweit einheitliches Register betrieben werden mit einer modernen elektronischen Aktenführungsmöglichkeit. Der Pflege- und Entwicklungsaufwand könnte dann nach Königsteiner Schlüssel von 40 auf 5 Prozent reduziert werden. Allerdings müsse man in das neue Verfahren migrieren. Die genannten Dienstleistungskosten seien die Migrationskosten.

Bei SolumSTAR, dem Programm zur Führung des elektronischen Grundbuchs, sei es ähnlich, hier lägen nur eingescannte Bilddateien vor. Damit könne man nur begrenzt arbeiten. Daher

sei Datenbankgrundbuch beschlossen worden; das bundeseinheitliche Projekt werde von allen 16 Ländern betrieben. In der EU solle Grundakteneinsicht länderübergreifend möglich werden. Entsprechende Zugriffsmöglichkeiten müssten verbessert werden. Die technische Plattform müsse nach der langen Betriebsdauer angepasst werden. Wenn man die Grundakten digitalisiere, dürfe kein Schwund in Kauf genommen werden. Daher sei der Migrationsaufwand sehr hoch und teuer. Die Kosten fielen in den Folgejahren nicht mehr an.

Auch bei KEJ – Kosteneinziehungsstelle der Justiz – wechsele man auf ein neues Verfahren. Bisher werde das ländereigene AJUKA – Automation der Justizkasse – eingesetzt. Dies werde durch CASH ersetzt, das bereits in mehreren Bundesländern im Einsatz sei. Auch hier strebe man die Verbundlösung an. So könnten Pflege- und Entwicklungskosten niedriger gehalten werden, und die Kompatibilität zwischen den Verfahren werde erhöht, weil es vielfach Schnittstellen gebe, die sonst noch programmiert werden müssten. Auch Anpassungskosten könnten künftig reduziert werden.

Thomas Birk (GRÜNE) meint, an der von den Grünen geforderten Strategie, Dinge im Verbund und somit billiger zu machen, sei nichts zu kritisieren. Vielleicht könne einmal mittels digitalisierter Unterlagen zur Haushaltsberatung so etwas verlinkt werden, sodass die hier gestellten Nachfragen überflüssig würden. Ein Link auf das Fachverfahren würde hier sehr viel Zeit sparen. Vorteile sollten aufgelistet werden, dann müsse er hier nicht nervende Fragen stellen. – Treffe es zu, dass SolumSTAR 2,2 Mio. Euro umfasse?

Bernhard Brückmann (SenJustV) antwortet, dass die Gesamtkosten des bundesweiten Projekts derzeit 40 Mio. Euro betrügen. Man habe keine Alternative, weil man an der bundeseinheitlichen Lösung teilnehmen müsse.

Vorsitzender Alexander Morlang stellt fest, dass die Frage 3 beantwortet sei.

Sven Kohlmeier (SPD) beantragt Schluss der Debatte. Die restlichen Fragen seien schriftlich zu beantworten.

Thomas Birk (GRÜNE) betont, dass er vor der langen Beratung gewarnt habe. Es sei Aufgabe der Abgeordneten, dies auszuhalten.

Stefan Gelbhaar (GRÜNE) plädiert dafür, die Beratung ordentlich zu beenden und ggf. eine weitere Sitzung zu vereinbaren.

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion auf Schluss der Debatte zu.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll!